

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Verlagspreis vierteljährlich 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Joh. Scherm.
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rotebühlstraße 16 b II.
Zensurprüfer: Nr. 8800.

Anzeigengebühr für die sechsspaltige Kolonienzeile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Die zwölfte Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Erster Verhandlungstag.

Berlin, Montag, den 28. Juni 1915.

Die Generalversammlung tagt in dem größten Saale des Berliner Gewerkschaftshauses. Der Saal hat festlichen Schmuck angelegt, aus einem grünen Lorbeerhain bilden die Büsten von Karl Marx und Ferdinand Lassalle auf die vollzählig anwesenden Delegierten und die Gäste herab.

Nach Begrüßung der Generalversammlung durch den Gesangsverein Philister Chöre ergreift das Wort:

Hoff Cohen, erster Bevollmächtigter der Ortsverwaltung Berlin: Die Breslauer Generalversammlung hatte beschlossen, daß wir in diesem Jahre in Köln tagen sollten, aber die Götter haben es anders gewollt und die scheinen ja noch mehr zu sagen zu haben als wir. (Heiterkeit.) Jedenfalls freuen wir uns, Sie wieder einmal in den Mauern Berlins begrüßen zu können. 1903, als das letzte mal eine ordentliche Generalversammlung in Berlin tagte, zählten wir 30 664 Mitglieder, darunter 1262 weibliche und verfügten über 5 Angestellte. Bei Ausbruch des Krieges 1914 hatten wir rund 90 000 Mitglieder, darunter fast 8000 weibliche und 49 Angestellte. Unsere Bureauzäume waren 1903 im Gewerkschaftshaus. 1907 wurde ein eigenes Verwaltungsgebäude für die Verwaltung in Berlin in der Charitéstraße errichtet. Aber schon nach 5 Jahren waren wir gezwungen, wiederum zu bauen, weil wir keinen Raum mehr fanden, der uns mit unserem gewaltigen Verkehr — täglich bis 5000 Menschen — aufnehmen konnte. Wir fanden auch einen Mann oder vielmehr eine Gesellschaft, die uns ein Haus mit ausreichenden Büroräumen errichtete. Während wir im Gewerkschaftshaus 3500, in der Charitéstraße 15 900 M Miete zahlten, kauft man uns jetzt 48 000 M Miete ab. (Heiterkeit.) (Reichel und Werner: Viel zu wenig!) Die Miete unserer Verwaltungsstelle Berlin wird reichlich ausgenutzt. (Heiterkeit.) Unser jetziger Arbeitsnachweis dürfte mustergültig für jeden Arbeitsnachweis in Deutschland sein. Während wir 1903 1890 Stellen vermittelt, haben wir 1914 11 960 vermittelt. In Arbeitslosenunterstützung zahlten wir 1903 89 541 M aus, im Jahre 1914 1 524 515 M. Zwar rechnet bei 1914 auch der Kriegsausbruch mit, aber die Zahl ist doch nicht höher, als was wir in starken Krisenjahre schon früher ausgezahlt haben. Unsere Bibliothek, von der 1914 124 000 Bände ausgegeben wurden, ist die größte Gewerkschaftsbibliothek in Deutschland. — Zum Zweck der Organisation der Jugend haben wir eine besondere Kommission, ein Jugendheim, einen Sportplatz und eine Jugendbibliothek begründet. Wir haben auch auf dem Gebiete der Jugendberufshilfe schon recht nennenswerte Erfolge erzielt. Leider sieht man in unserer Jugendbewegung noch immer etwas anderes und meint ihr mit dem Polizeiknüppel entgegenzutreten zu müssen. Unseren schönen Aufstieg unter den Arbeiterinnen in der Metallindustrie haben wir durch Einsetzung einer besonderen Kommission für die Organisation der Arbeiterinnen erreicht. Die Zahl der Arbeiterinnen in der Metallindustrie hat sich ja nach Kriegsausbruch infolge des bekannten Mundschreibens des Gesamtverbandes der Metallindustriellen und der Empfehlung der Gewerkschaftsverwaltung an die Unternehmer, möglichst viel Arbeiterinnen einzustellen, damit kriegsfähige männliche Arbeiter frei werden, bedeutend vermehrt.

In unsere schöne, stetige Entwicklung hat nun der Krieg mit rauher Hand eingegriffen. In Bezug auf die Zahl der Eingezogenen und Gefallenen ist unsere Verwaltungsstelle im Verhältnis zum Gesamtverband noch glücklich weggekommen. Die Ehrenliste der Gefallenen, die der Vorstand herausgegeben hat, weist 6000 Namen auf. Die Berliner Verwaltungsstelle, die ein Mitglied der Mitglieder des Gesamtverbandes zählt, hat aber bisher nur 706 Gefallene zu verzeichnen, allerdings nach unserer Meinung noch immer 706 zu viel, weil wir glauben, daß es nicht nötig gewesen wäre, zum Austrag der Streitigkeiten überhaupt einen Krieg zu beginnen. (Sehr richtig.) Aber wir mühten uns mit der gegebenen Tatsache abfinden und haben uns so gut wie möglich in die durch den Krieg geschaffene Situation gefügt. Wir haben alles getan, um Lohnaufbesserungen zu erreichen, damit die Kollegen durch die Linderung wenigstens nicht in ihrer Lebenshaltung herabgedrückt wurden. Das bedeutet ein gewaltiges Stück Arbeit der Organisation und beweist aufs neue ihre Notwendigkeit. (Sehr richtig!) Die Arbeitgeber, die es ja verstanden haben, unter dem Deckmantel des Patriotismus ihr Feuer und Schwere zu bringen (Sehr richtig), hatten die Selbstzeugnisse veranlaßt, ein Zirkular herauszugeben, das die Arbeiter, die auf Kriegsmaterial arbeiten, erheblich in ihrer Freizügigkeit beschränken sollte. Da mit diesem Zirkular von den Unternehmern viel Mißbrauch getrieben wurde, besonders der dabei ausgesprochenen Erwartung der Selbstzeugnisse, daß den Arbeitern entsprechende anständige Lohn- und Arbeitsbedingungen bewilligt würden, vielfach nicht nachgekommen wurde, haben wir es durchgesetzt, daß der Ihnen bekannte Kriegsausbruch für die Metallbetriebe Groß-Berlins ins Leben gerufen wurde, der wöchentlich Sitzungen abhält und uns die Sicherheit verbürgt, daß die Absicht der Unternehmer zuzufinden geworden ist, und daß ihr Wozin nicht allzu sehr in die Höhe geht. — Weiter sind wir tätig gewesen auf dem Gebiete der Versorgung der Kriegsbeschädigten, der Vorbereitung zur Unterbringung von Gefunden, aus den Kriegen Zurückkehrenden, der Berufsberatung Kriegsbeschädigter. Die Kriegsbeschädigten sollen selbst nicht ausgenutzt und sollen auch nicht zu Lohnbrüclern gegenüber den Gewerkschaften mißbraucht werden. (Sehr richtig.) Unser Ziel ist, daß zu jeder sachgemäßen Berufsberatung Vertreter der Gewerkschaften, Arbeiter hinzugezogen werden, denn der beste Vertrauensmann des Kriegsbeschädigten ist der Mann seiner Organisation, sein Berufscollege, der Arbeiter. (Sehr richtig!) Was uns die nächsten Monate bringen werden, wissen wir nicht. Jedenfalls werden wir das äußerste tun, um unsere Verwaltungsstelle als einheitliches geschlossenes Ganzes über diese schwere Zeit hinauszubringen. (Bravo!) Gerade nach Kriegsende werden wir die Organisation am notwendigsten brauchen, denn dann gilt es gegenüber den Unternehmern so viel wie irgend möglich das zu halten, was wir uns während des Krieges erobert haben. Was den Streit, die Meinungsverschiedenheit anlangt, die gegenwärtig in der Arbeiterbewegung ausgebrochen ist, so haben wir den Standpunkt vertreten, daß wir als Gewerkschaft uns um Streitigkeiten, die außerhalb unseres gewerkschaftlichen Tätigkeitsgebietes liegen, nicht zu kümmern haben. (Sehr richtig.) Das soll jeder einzelne in der politischen Organisation tun. Wir wollen diesen Streit nicht in unsere Gewerkschaft hineintragen. Nur so können wir erfolgreich unsere Aufgabe erfüllen, können durchhalten, um nach dem Kriege den Kampf mit den Unternehmern durchzuführen. So ist

unser Programm und wir sind überzeugt, die Zukunft wird zeigen, daß wir den richtigen Weg gewählt haben und daß wir die kommenden Kämpfe überleben werden als einheitliche geschlossene Organisation. (Lebhafter Beifall.)

Verbandsvorsitzender Schilde: Namens des Verbandes heiße ich Sie herzlich willkommen. Es ist dem Vorstand nicht leicht geworden, unter so schwierigen Verhältnissen Ihnen zuzumuten, die Reise zum Verbandstage zu machen; aber wir halten uns für verpflichtet, mit der Gesamtmemberschaft in Fühlung zu bleiben. Wohl keiner von uns hat an den Ausbruch eines so gewaltigen Krieges geglaubt. Niemand hat geglaubt, daß sich aus dem Attentat in Sarajewo so schwierige Situationen ergeben würden, daß auf den einen Nord-Helatonben folgen würden. Wir brauchen uns nicht den Kopf darüber zu zerbrechen, wer schuld ist. Wir wissen, daß nicht Menschen, sondern daß die Verhältnisse notwendig zu dem Zusammenstoß gedrängt haben. (Sehr richtig.) Die Völker Europas wandelten schon seit Jahren über einem Abgrund. Es bedurfte nur eines kleinen Stoßes, und die Katastrophe war da. Wir müssen uns auch darüber helfen, daß die Verhältnisse, mögen sie sich so schrecklich und in ihrer Wirkung auf die Stimmung der Menschen noch so gewaltig sein, doch die Menschen nicht über Nacht ändern können. Wenn wir uns das sagen, dann wird keiner von uns daran zweifeln, daß durch den Krieg uns auch nur ein Schlag in dem Kampfe erspart bleiben könnte, den wir führen müssen. Tausende unserer Mitglieder haben zu den Waffen gegriffen; sie haben es getan in der Ueberzeugung, Kulturgüter, an denen sie beteiligt sind, die sie selbst haben aufbauen helfen, zu verteidigen. Nach meiner Ueberzeugung kann einen aufgefakten organisierten Arbeiter überhaupt keine andere Ueberzeugung die Waffen in die Hand drücken. (Sehr richtig!) In jedem kriegsführenden Lande glaubt jeder, seine ganze Kraft einsetzen zu müssen zur Verteidigung seiner Kulturgüter. Ob diese Auffassung die richtige ist, das wird die Geschichte entscheiden. Die Opfer übersteigen unsere schrecklichsten Befürchtungen. Auch darüber müssen wir uns klar sein, daß auch unserer Arbeiterbewegung durch den Krieg kolossale Gefahren drohen, daß wir mit unserer Erziehungsarbeit von vorne anfangen müssen, daß uns auch hier neue Aufgaben erwachsen werden. — Redner gebietet sodann mit warmen Worten der Mitglieder des Verbandes, die in Feindesland ihr Leben gelassen haben, derer, die heute noch im Felde stehen und derer, die auch, ohne in den Krieg zu ziehen, die Waffen haben strecken müssen, vor allem des Verbandssekretärs Rastatsch. — Die internationalen Beziehungen sind nicht abgebrochen, wir stehen mit unseren internationalen Freunden noch in Verbindung, ja, seit Kriegsausbruch sind sogar drei neue Verbände zum internationalen Corps gestossen: der Verband der Maschinisten und Feiler Österreichs, der Norwegische Formerverband und die International Association of Machinists in Amerika mit 74 000 Mann. (Bravo!) Im ganzen hat sich die internationale Armee der Metallarbeiter um 80 000 vermehrt. Mit Freuden können wir feststellen, daß auch diesmal wieder eine ganze Anzahl von Vertretern ausländischer Bruderorganisationen anwesend ist. (Bravo!) Die Aufgaben, die uns bevorstehen, sind nicht leicht. Die eigentliche schwere Zeit wird erst kommen. Wir können heute nur erklären, daß wir dafür sorgen wollen, daß unsere Organisation einheitlich und fest zusammengefügt bleibe und so gestärkt wird, daß sie allen Gefahren begegnet. Bei der Prüfung der vom Vorstand getroffenen Maßnahmen darf nur das allgemeine Interesse entscheidend sein. Wir haben nicht die Absicht und glauben es nicht verantworten zu können, in einem Augenblick, wo viele unserer Mitglieder sich jedes Einflusses auf die Gestaltung der Verbandsverhältnisse enthalten müssen, tief einschneidende Änderungen im Statut vorzunehmen. Wir halten es für richtig, daß wir uns nur über die nächstliegenden Aufgaben schlüssig machen. Auch heute noch gilt das, was in Friedenszeiten gegolten hat, daß nur wir und immer nur wieder wir es sein müssen, die das Rad vorwärtschieben und daß wir durch angestrengte Tätigkeit dafür sorgen müssen, daß die uns von den Gegnern in den Weg geworfenen Steine aus dem Wege geräumt werden. (Lebhafter Beifall.) Während die zur Prüfung der Mandate gewählte Kommission ihres Amtes waltet, verliest Schilde eine Reihe von Begrüßungsschreiben von im Felde stehenden Mitgliedern aus Ost und West. Hierauf ergreifen die Vertreter ausländischer Bruderorganisationen das Wort zu Begrüßungsaussprachen. Zunächst überbringt

Domcs (Bien), der Vertreter des österreichischen Metallarbeiterverbandes, die Grüße seiner Organisation. Er schildert die Verhältnisse in Oesterreich, die es dem Verbandsrat nicht ermöglichen, während des Krieges eine Generalversammlung einzuberufen. Die Diskussion darüber, ob die Arbeiterbewegung sich prinzipiell richtig in dem Kriege verhalten hat, ist überflüssig, darüber wird die Geschichte urteilen. Eines jedoch ist klar: das Verhalten der Arbeiterklasse in allen kriegsführenden Staaten erklärt sich daraus, daß sie nicht unterliegen wollen, weil sie den Boden ihrer eigenen Emanzipation nicht aufgeben wollen. (Sehr richtig.) Durch den Krieg ist die Mitgliederzahl aller österreichischen Metallarbeiterorganisationen zusammen um rund 50 Prozent gefallen, während die Ausgaben gewaltig gestiegen sind. Trotzdem sind wir überzeugt, daß wir auch fern- und imstande sind, die materiellen und die kulturellen Interessen unserer Kollegen zu wahren. (Bravo!)

Geza Malafits (Budapest) dankt namens des Zentralverbandes der Eisen- und Metallarbeiter Ungarns für die Einladung und wünscht den Verhandlungen der Generalversammlung den besten Erfolg. Redner teilt mit, daß in Ungarn von den 30 000 Mitgliedern nur noch 11 000 übriggeblieben sind und daß die Arbeiter dort großen Schwierigkeiten ausgesetzt sind.

Hansen (Kopenhagen) der allen Generalversammlungen seit langen Jahren beigewohnt hat, gibt auch diesmal wieder in kurzen Zügen einen Ueberblick über die Entwicklung des dänischen Schmiedeverbands und Maschinenarbeiterverbandes und einen Rückblick auf die politische Bewegung in Dänemark, wo kürzlich das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht eingeführt wurde. Er dankt dem deutschen Verband dafür, daß er für die dänischen Metallarbeiter im Laufe der Jahre materiell und kulturell eine so ausgezeichnete Stütze gewesen ist.

Kielsen (Kopenhagen) heißt namens des dänischen Formerverbandes die Generalversammlung willkommen und schildert in bezeichnenden Worten, wie die Wirkungen des Krieges sich auch in Dänemark bemerkbar machen, namentlich in Form einer gewaltigen Steigerung der Lebensmittelpreise.

Durr (Bern) stellt in seiner Ansprache den deutschen Gewerkschaften das Zeugnis aus, daß sie unter den schwierigen Verhältnissen mehr geleistet haben, als man von ihnen verlangen konnte. Gewiß hat der Krieg Lücken in die Reihen gerissen, aber in die Lücken sind sofort andere Kräfte eingedrungen. Genau so war es in der Schweiz. Auch hier sind durch den Krieg die wirtschaftlichen Verhältnisse total umgewandelt worden, zu Beginn des Krieges herrschte

eine ungeheure Arbeitslosigkeit, die Zufuhr war abgeschnitten, die Getreidevorräte im Lande reichten nur auf wenige Wochen. Erst nach und nach hat man sich den neuen Verhältnissen angepaßt. Eine Anzahl von Fabriken sind wieder geöffnet, aber noch viele arbeiten mit verkürzter Arbeitszeit und reduziertem Personal. Voll beschäftigt sind ausschließlich die Automobilfabriken und diejenigen Betriebe, die für Kriegsbedarf arbeiten. Das Verbandsvermögen ist von 700 000 auf 500 000 Franken gesunken. Erfreulich ist die Verschmelzung mit dem Uhrmacherverband, der neue Verband zählt 21 000 Mitglieder und es besteht begründete Aussicht, daß bei Wiederkehr normaler Verhältnisse die Organisation sich gut entwickeln wird. Wir sind überzeugt, daß auch nach dem Kriege die Internationale ihre segensreiche Tätigkeit wieder aufnehmen wird, wir in der Schweiz werden unser Möglichstes dazu tun. (Bravo!) Rastatsch ist uns fremd. (Lebhafter Beifall.) Gegen eine Verlegung des internationalen Sekretariats sträubt man sich in der Schweiz nicht, vorausgesetzt, daß es sich nur um einen vorübergehenden Zustand handelt. In eine dauernde Sitzverlegung nach der Schweiz denkt niemand. Wir sind überzeugt, daß Sie weiter treu Ihr Ziel verfolgen und den Metallarbeitern aller Länder als Vorbild dienen werden. (Lebhafter Beifall.)

Schilde weist in einem kurzen Dankeswort darauf hin, daß es in Deutschland mit den Fortschritten auf sozialpolitischem Gebiete sehr hapert, und daß das wenige, das während des Krieges erreicht ist, nur auf das fortgesetzte Drängen der Arbeiterschaft zurückzuführen ist. Immerhin sind wir noch weit entfernt von einem sozialpolitischen Fortschritt, dessen Grundlage zunächst die Anerkennung der Arbeiterklasse auf sozialpolitischem und wirtschaftlichem Gebiete sein muß. In diesem Sinne kämpfen wir und werden weiter kämpfen, in dem gleichen Kampfe stehen auch unsere ausländischen Freunde. Das ist das einigende Ziel, das uns auch für die Zukunft zusammenführen muß. (Bravo!)

In der Nachmittagsitzung werden zunächst nach dem vorläufigen Bericht der Mandatsprüfungskommission alle Mandate bis auf zwei für gültig erklärt. Der Bericht über die beiden anderen Mandate wird ausgelesen.

Hierauf konstituiert sich die Generalversammlung und wählt Schilde (Stuttgart), Cohen (Berlin) und Severing (Bielefeld) zu Vorständen.

Die Beratung der vom Vorstande vorgeschlagenen Tagesordnung entseift eine längere Diskussion. Zunächst wird auf Antrag des Sekretärs Scherm als besonderer Punkt 3 eingefügt: Verbandsorgan mit den dazu gehörigen Anträgen. Als Berichterstatter fungiert Scherm.

Ein Antrag der Statutenberatungskommission geht dahin, von einer Beratung des Statuts Abstand zu nehmen und lediglich den Antrag 34 zu beraten, wonach Mitglieder, denen der Weg des Krankenentgeltes durch Statut von Orts-, Fabrik- oder Firmungskrankenkassen bei Doppelversicherungen gestürzt werden kann, aus der Verbandskasse nur soviel Unterstützung ausbezahlt erhalten sollen, bis die Höhe des im Statut der Krankenkasse festgelegten Krankenentgeltes erreicht ist.

Eine Anzahl von Rednern, unter anderem Lieberaich (Leipzig), Pawlowitsch (Berlin), Schäfer (Leipzig) besprechen darauf, daß auch andere Anträge zum Statut beraten werden. Besonders tritt Pawlowitsch als Vorwärtender und Berichterstatter der Staffelleitungen dafür ein, daß die Vorlage zur Einführung von Staffelleitungen erledigt wird. — Demgegenüber weist Schilde wiederholt darauf hin, daß jetzt nicht die Zeit zu eingehenden Änderungen des Statuts sei, deren Tragweite man möglicherweise noch gar nicht übersehen könne. Man müsse sich infolge der Verhältnisse eine gewisse Reserve auflegen und deshalb habe ein großer Teil der Anträge für die nächste Zeit gar nichts zu bedeuten. Es genüge vollkommen, wenn die ordentliche Generalversammlung, die möglichst bald nach Beendigung des Krieges einberufen wird, eine grundlegende Revision des Statuts vornimmt.

Auch Severing (Bielefeld) stellt sich auf den gleichen Standpunkt, er hält es überhaupt für keinen idealen Zustand, auf jeder Generalversammlung am Statut herumzudoktern. Man hätte wichtigere Dinge zu tun, als sich in Haarpaltereien zu ergehen.

Die Generalversammlung lehnt den Antrag der Statutenberatungskommission ab und beschließt, in eine Beratung der Anträge zum Statut einzutreten. Außerdem wird beschlossen, die Einführung von Staffelleitungen als besonderen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen.

- Die endgültige Tagesordnung lautet also:
1. Konstituierung der Generalversammlung und Wahl der Kommissionen.
 2. Berichte des Vorstandes und Ausschusses und Beratung der Anträge zu diesem Punkt.
 3. Verbandsorgan mit den dazu gehörigen Anträgen.
 4. Einführung von Staffelleitungen.
 5. Beratung des Verbandsstatuts.
 6. Soziale Aufgaben während des Krieges und die Gewerkschaften.
 7. Erledigung sonstiger Verbandsangelegenheiten.

Die vorgeschlagene Geschäftsordnung wird unter Ablehnung eines Antrages, in der Debatte zu den Berichten die Redezeit nicht zu beschränken, und unter Ablehnung eines weiteren Antrages, wenigstens in der Debatte über den Punkt Presse unbefristete Redezeit zu gewähren, genehmigt.

Hierauf erstattet Reichel (Stuttgart) den Bericht des Vorstandes. Unter außergewöhnlichen Verhältnissen mitten in einem Weltkriege von unabsehbarer Tragweite tritt die Generalversammlung zu erster Tagung zusammen. Der uns aufgezwungene Krieg ist auch heute noch ein Abwehrkrieg. Das bedingt schon das Eingreifen Italiens zugunsten des Dreiverbandes und dessen Verbündeten bei den neutralen Staaten. Die deutschen Arbeiter und mit ihnen die Mehrheit unseres Volkes wollten von einem Krieg nichts wissen, aber angesichts der Ereignisse müssen wir trotz unserer Gegnerschaft zum Kriege das Vaterland mit verteidigen helfen und unserem Volke einen dauernden ehrenvollen Frieden wünschen. Jede andere Haltung wäre Selbstmord und damit auch die Preisgabe der von der deutschen Arbeiterbewegung in jahrzehntelangen heißen und opfervollen Kämpfen aufgebauten Kulturwerke gewesen. Noch ist das Ziel der Sicherung nicht erreicht, auf einen baldigen Frieden ist leider noch nicht zu hoffen. Mit Chauvinismus hat diese Auffassung über den Krieg nichts zu tun. Es ist der Trieb der Selbsterhaltung, und somit wir überleben können, haben sich alle Verbandsstellen auf die Behauptung dieser Stellungnahme bedacht und ihre Kräfte der Aufrechterhaltung und Stärkung des in jahrzehntelanger opferreicher Arbeit geschaffenen Organisationswerkes gewidmet. Die Organisation innerlich unversehrt zu erhalten und ihren Einfluß auch in der Kriegszeit zu stärken, ist unsere gemeinsame Sorge. Die Ge-

Wohlfahrt (Düsseldorf) bekämpft gleichfalls die Aufhebung der Krankenunterstützung und fordert, daß man der Frauenarbeit in der Metallindustrie eine größere Aufmerksamkeit schenke, denn sonst könnte es leicht dahin kommen, daß die Männer bei ihrer Rückkehr aus dem Felde keine Arbeit erhalten, weil die Frauen zu billigeren Löhnen arbeiten. Weiterhin sei es, daß der Hauptvorstand zu wenig für den Hilfsfonds getan habe. Redner regt die weitere die Frage an, wie sich der Verband gegen solche Mitglieder verhalten soll, die als Kriegsverletzte zurückkehren und eine Rente beziehen, aber keine Arbeit haben. Es müßte entschieden werden, ob diesen Arbeitslosenunterstützung gegeben werden könne oder nicht.

Szalinski (Dnabruj) ersucht den Vorstand, den kleinen Verwaltungsteilen im Gebiet der Schwerindustrie mehr unter die Arme zu greifen. Hier müsse man Besche legen und der Organisation zur Anerkennung verhelfen. Er gebe zu, daß in den letzten Jahren schon mehr geschähen ist als früher, aber es könne dafür niemals zu viel geschehen.

Haack (Dresden) wendet sich gegen die Vorwürfe, die aus Leipzig gegen die Bezirksleitung und den Vorstand erhoben sind. Die ungenügenden Verhältnisse zwischen der Bezirksleitung und der Verwaltungsteile Leipzig seien zu beklagen, aber man müsse bedenken, daß dasselbe Verhältnis auch zwischen Leipzig und dem Vorstand und neuerdings auch zwischen Leipzig und dem Ausschuss bestehe, während umgekehrt die Bezirksleitung mit allen übrigen Verwaltungsteilen in einem guten kollegialen, teilweise freundschaftlichen Verhältnis lebe.

Schaper (Bremen) kritisiert, daß die versprochene Schiedsstatistik noch immer nicht herausgegeben ist, ebenso sollte die Branchenkonzferenz der Schmieide möglichst bald einberufen werden. Die Erwerbslosenunterstützung sollte für Ausschüsse wieder gegahlt werden. Den Vorkassen dürfe das Selbstverfügungsrecht über die Zuschüsse nicht genommen werden.

Schäfer (Leipzig) geht auf einen Fall ein, wo der Vorstand den Leipziger die Lokalkasse gesperrt hat. Das sei lediglich auf einen Bericht von Haack hin geschehen. Nachdem schließlich der Vorstand Massisch nach Leipzig geschickt hatte, sei das Ergebnis der mündlichen Besprechung gewesen, daß die Sperre der Lokalkasse aufgehoben wurde. Sei seinen Maßnahmen zu Beginn des Krieges hätte der Vorstand ruhig auch die Arbeitslosenunterstützung etwas reduzieren können. Das hätten die Kollegen schon verstanden. Wir hätten dann mehr Geld zu Kampfmitteln zur Verfügung gehabt.

Schmid (Erimmitzschau) spricht für die Anträge 15 und 51. Die Beschlüsse der Erimmitzschauer Kollegen in bezug auf die Ausweitung der hiesigen Arbeitervereine unter Anerkennung der Breslauer Generalversammlung anerkennen müssen. Die Entscheidung im Falle Wolf habe in Erimmitzschau großes Kopfschütteln hervorgerufen.

Wudde (Wildensheid) hofft, daß der Antrag 9, trotzdem Reichlich dagegen gesprochen habe, angenommen werde. Unter den 6200 bereits gefallenen Kollegen befindet sich eine ganze Anzahl, die lange Jahre treue Mitglieder des Verbandes gewesen seien. Wenn man ihren Hinterbliebenen das halbe Sterbegeld zahle, so würden die Ausgaben für den Verband nicht allzu groß werden, aber es würde eine Ehrenpflicht gegenüber den Gefallenen eingelöst. Was den Antrag 14 anlangt, so sei es viel wichtiger, darauf zu bringen, daß Gewerkschaftsvertreter in die städtischen Einrichtungen, die zur Versorgung der Kriegsverletzten getroffen seien, Eingang fänden. Wenn der Vorstand die Wiedereinführung der Krankenunterstützung für möglich halte, so sollte sie beschloffen werden. Die Hauptsache sei aber auch für die erste Zeit nach dem Kriege die Sorge für die arbeitslosen Mitglieder, denn es werde dann jedenfalls eine wirtschaftliche Krise eintreten. Die Auffassung, daß der Krieg ein Abwehrkrieg sei, werde heute von einem großen Teile der Kollegen nicht mehr geteilt.

Schlichte: Der Streit, ob Abwehr- oder Angriffskrieg, sei recht müßig (Sehr richtig), darüber werde die Geschichte entscheiden. Seine Führung in der Arbeiterbewegung schäme sich der Vorstand keineswegs, er habe lediglich seine Schuldigkeit getan. Können und wollen sei eben nicht immer dasselbe. Der Vorstand, dem so arg zugeseht war, habe unumgänglich als Vertrauensmann der Arbeiter bei Verhandlungen auftreten können. Gewiß sei es dem Vorstand nur lieb, wenn er bei seinen Maßnahmen von dem Vertrauen der Arbeiter getragen werde, aber wenn dies Vertrauen erkauf werden solle gegen die Interessen des Verbandes, so lehne er das ab. Man sollte jetzt endlich einmal mit dem Arbeiterbeiratsrat einen Schluss machen. (Sehr richtig.) Was die Stellung der Lokalkassen anlangt, so müsse der Vorstand, wenn er berechtigt sei, Ertragsbeiträge unter bestimmten Voraussetzungen gutzuheißen, auch das Recht haben, Einspruch zu erheben, wenn gegen diese Voraussetzungen verstoßen werde. Sonst würden die Lokalkassen dazu benutzt werden können, das Verbandsstatut außer Kraft zu setzen. (Sehr richtig.) Zu Beginn des Krieges, als alle möglichen Anforderungen, die nicht in den Rahmen des Statuts paßten, an den Verband herantraten, sei es ein Akt der Vorsicht gewesen, die Lokalkassen zu sperren.

Martha Maach (Berlin) begründet den Antrag auf Herausgabe eines gewerkschaftlichen Frauenblattes. Der Gedanke sei nicht neu, man habe sich schon früher damit beschäftigt, sei aber noch zu keinem Resultat gekommen. Unter den heutigen Verhältnissen sei die Agitation unter den Frauen noch schwerer als sonst, denn man habe mit einem riesigen Zustrom weiblicher Arbeitskräfte zur Metallindustrie zu rechnen. Die Gleichheit sei kein gewerkschaftliches Blatt, sie eigne sich für den beachtlichsten Zweck nicht. Es müsse ein Blatt geschaffen werden, das besonders auf die Interessen der Arbeiterinnen zugeschnitten sei. (Zustimmung.)

Severing (Wiesfeld) bekämpft den Antrag Leipzig auf Beschlüsse der Parteischule durch die Verwaltungsteile. Der Antrag sei um so verwerflicher, als dieselbe Verwaltungsteile Leipzig in einem Antrage zum Punkt 7 ebenfalls verlangen, daß die Metallarbeiter-Zeitung sich nicht so eingehend mit Parteifragen beschäftige. (Heiterkeit.) Aus taktischen Rücksichten gebiete es sich, nicht immer und immer wieder den Krieg als einen Erwerbskrieg zu bezeichnen. Bis jetzt seien es doch nur immer die unverantwortlichen Stützungsleiter, die einer Inneaktionspolitik das Wort reden. Für uns müsse der Krieg ein Verteidigungskrieg sein; was die anderen daraus machen, sei ihre Sache. Das endgültige Urteil werde nicht die Generalversammlung, sondern die Weltgeschichte fällen. Weiterhin sei der Antrag Leipzig auf Aenderung des Gedenkblattes, der Antrag erkannte an die Arbeiter, die seinerzeit sich darüber empört hatten, daß auf einem Bildwerk der Herr des Todes mit den Geschlechtern dargestellt sei und die Geschlechtssteile entfernt haben wollten. (Heiterkeit.) Im 7. Armeeoberkommando könne man sich gewiß nicht über eine zu milde Handhabung der Zensur beklagen, aber er würde sich noch lieber unter die Zensur des Kommandeurs des 7. Armeeoberkommandos begeben, als unter die der Leipziger Kollegen auf dieser Generalversammlung. (Große Heiterkeit.) Man möge alles daransetzen, damit die Gewerkschaften die schwere Zeit durch Einigkeit überleben. (Wohlfahrt)

Wingärtner (Frankfurt a. M.) beantwortet eine Unterweisung der Mitglieder, die zum Aussehen gezwungen sind und wünscht, daß sich die Organisation in der Beurteilung der Kriegsverhältnisse aufserlegt. Notwendig sei auch eine Entscheidung darüber, wie es mit den Kollegen gehalten werden soll, die rekrutiert sind, einen guten Verdienst haben, aber keine Beiträge zahlen.

Siegling (Frankenthal) tritt dafür ein, daß ein Drittel des Lohnes der früheren Krankenunterstützung gezahlt werde.

Sarbe (Riel) hält gleichfalls die Wiedereinführung der Krankenunterstützung für nötig, denn heute ständen sich die Kranken schlechter als die Arbeitslosen und als die Familien der Krieger. Weiter verlangt Redner, daß alle die, die rekrutiert sind und arbeiten, zur Zahlung der Beiträge verpflichtet werden, und ferner, daß sie sich dort anwerben müssen, wo sie arbeiten.

Scheffler (Dresden) spricht gegen die Ortsverwaltung von Leipzig und weist die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zurück. Mit Dresden sei eine Verständigung zwischen Verwaltung und Bezirksleitung viel leichter möglich als mit Leipzig. Die Bezirksleitung hätte sich in allen Fällen nach dem Statut gerichtet, Vorstand und Ausschuss hätten ihr ja auch recht gegeben.

Gübner (Hamburg) stellt fest, daß, abgesehen von einigen örtlichen Verhältnissen, sämtliche Diskussionsredner den Maßnahmen des Vorstandes beigestimmt haben. Der Vorstand habe also das Richtige getroffen. Mit der Beschlüsse der Parteischule habe man bereits üble Erfahrungen gemacht.

Hierauf wird die allgemeine Aussprache geschlossen. Reichel (Schulztorf) legt zunächst Verwahrung dagegen ein, daß er durch seine Schilderung des Klassen- und Vermögensbestandes der Organisation sich indirekt für die Wiedereinführung der Krankenunterstützung ausgesprochen habe. Wenn man auf die 16 Millionen Vermögen am Jahresabschluss 1914 hinweise, so werde dabei die viel wichtigeren Tatsache übersehen, daß der Verband ganz ungeklärten Verhältnissen entgegengehe und daher weittragende Beschlüsse nicht gefaßt werden können. Er verziehe wohl das Bestreben der Delegierten, etwas Positives nach Hause zu bringen. Auch der Vorstand habe natürlich das Bestreben, dem Verband möglichst die Mitglieder zu erhalten. Aber die Ansprüche an den Verband nach dem Kriege würden jedenfalls sehr groß sein. Die Hinweise auf den Bau- und den Holzarbeiterverband seien nicht ausschlaggebend. Das seien Inlandindustrien, die jedenfalls nach dem Kriege durch den Wiederaufbau zerstörter Landesteile viel Arbeit erhalten würden und in denen außerdem Löhne beständen. Die Metallindustrie sei zum großen Teil Ausfuhrindustrie und ihr ständen schwere wirtschaftliche Kämpfe bevor. Er betone das alles nur, um der Generalversammlung die große Verantwortlichkeit vorzuhalten, die sie übernehmen, wenn sie entgegen den Vorschlägen des Vorstandes die Krankenunterstützung ganz oder teilweise wieder einführe. Nützlicher sei es, durch stärkere Spannspruchnahme des § 2c über Notfälle hinwegzukommen. Eine Einheitlichkeit der verschiedenen Verbände in bezug auf die Unternehmenseinrichtungen während des Krieges sei gewiß wünschenswert, sei aber sehr schwierig infolge der erheblich abweichenden Bestimmungen der Statute. Zur Frage der Verwendung der Lokalgeber bemerkt Redner, selbständiges Entscheidungsrecht haben die Verwaltungsteile in bezug auf die Verwendung ihrer Lokalgeber, soweit sich diese innerhalb des Rahmens des Statuts und der Aufgaben der Organisation bewegen. Die Schiedsstatistik werde jedenfalls nach der Beendigung des Krieges herausgegeben werden. Die versprochene Schiedskonzferenz könne erst nach dem Kriege stattfinden. Im übrigen hätten Berufsvereine, von Ausnahmen abgesehen, verhältnismäßig wenig Zweck. Er bittet, die betreffenden Anträge dem Vorstande zu überweisen. Die Agitationsmaterialien beabsichtige der Vorstand wieder einzuführen. — Das Protokoll der Berliner Verhandlungen zum Arbeiterbeiratsrat habe nicht veröffentlicht werden können, da es sich um eine geschlossene Sitzung gehandelt habe. Ein Herrum Dittmann sei es, daß der Vorstand es am guten Willen zur Mitwirkung an der Wiederaufnahme der Arbeit damals habe fehlen lassen. Es sei aber nicht möglich gewesen, in dem Sinne einzugreifen, wie die Hamburger es wollten. Zur Beschlüsse der Parteischule liege in der jetzigen Zeit wenig Bedürfnis vor. Die Organisation habe wichtigere Aufgaben. Die Anträge auf Streichung der Worte „sie fielen für den Frieden“ in dem Gedenkblatt des Vorstandes bitte er mit großer Mehrheit abzulehnen oder noch besser zurückzuziehen. Die Streichung dieser Worte müßte in der Öffentlichkeit einen unangenehmen Eindruck machen.

Der Vorstand habe sich bei seiner Verbandspolitik in der Kriegszeit lediglich von der Sorge leiten lassen, die Organisation schlagfertig zu erhalten. Er bitte auch die Generalversammlung, dies Leitmotiv zur Richtschnur ihres Handelns zu machen. (Beifall.)

In der Einzelberatung wird zunächst dem Kassierer Werner einstimmig Entlastung erteilt.

Alle Anträge, die sich auf Wiedereinführung der Erwerbslosenunterstützung bei Krankheit beziehen sowie der Antrag des Vorstandes über den Wiedereintritt von Mitgliedern nach Beendigung des Krieges, werden einer besonderen Kommission überwiesen.

Die Anträge auf Einberufung von Sonderkonferenzen für verschiedene Branchen werden dem Vorstand überwiesen.

Der Antrag auf Wiederherausgabe der Agitationsmaterialien gilt infolge einer entgegenkommenden Erklärung des Hauptvorstandes als erledigt. Der Antrag Braunshweig auf Unterbringung der Kriegsverletzten wird zurückgestellt bis zu dem Vortrag von Schlichte. Die Einzelberatung über die weiteren Anträge wird vertagt.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 30. Juni 1915.

Am dritten Verhandlungstage wurde zunächst die Einzelberatung der zum Bericht des Vorstandes und des Ausschusses vorliegenden Anträge zu Ende geführt.

Der Antrag Bremen, daß den einzelnen Verwaltungsteilen die freie Verfügung über die durch Ertragsbeiträge aufgebrachtene Mittel vorbehalten bleiben soll, wird der Statutenberatungskommission überwiesen.

Über den Antrag Bremerhaven auf Einberufung einer ordentlichen Generalversammlung nach Beendigung des Krieges geht die Generalversammlung zur Tagesordnung über.

Eine längere Aussprache knüpft sich an den Antrag Leipzig, der den Verwaltungsteilen das Recht geben will, auf ihre Kosten Kollegen in die Parteischule zu schicken.

Schumann (Leipzig) begründet den Antrag und erinnert daran, daß auch Regien verlangt habe, daß die Gewerkschaftler sich mehr am Parteileben beteiligen sollen. Regien könne damit doch nur gemeint haben, die Gewerkschaftler sollen die Gelegenheit zur Bereicherung ihres Wissens benutzen.

Ein Antrag auf Übergang zur Tagesordnung wird, nachdem Schlichte dagegen gesprochen hat, abgelehnt. Begründet wurde der Antrag durch Koch (Hamburg) mit dem Hinweis darauf, daß während des Krieges die Loyalität der Parteischule sowieso ruht.

Cohen erwidert Schumann, daß er Regien falsch verstanden habe. Regien habe lediglich die Absicht gehabt, die Gewerkschaftler darauf aufmerksam zu machen, daß sie sich als Personen, als Parteigenossen, mehr am inneren Parteileben beteiligen müßten. Man dürfe nicht so unvorsichtig sein und irgend etwas tun, das die Gewerkschaften in den Verdacht bringe, Parteipolitik zu treiben, denn das wir noch nicht für politisch erklärt sind, sei lediglich auf den Krieg zurückzuführen. Für die Gewerkschaften komme es darauf an, praktisch zu arbeiten. Er warne dringend davor, irgend etwas zu tun, was der Polizei Material in die Hand geben könne.

Reichel ersucht namens des Vorstandes gleichfalls um Ablehnung des Antrages. Grundsätzlich sehe der Vorstand auf dem Standpunkt, daß wir Bildungsmöglichkeiten auf Veranlassung der Kosten der Organisation nur dort ausnutzen, wo wir einen Nachwuchs heranzuziehen haben. In der nächsten Zeit aber werde voraussichtlich kein Mangel, sondern eher Überfluß an Arbeitskräften im Verbande bestehen.

Trost (Riel) wendet sich ebenfalls gegen den Antrag, der eine einseitige Bevorzugung der großen Verwaltungsteile bedeutet.

Rückert (Karlsruhe) gibt der Ansicht Ausdruck, daß die Leipziger den Antrag nur deshalb gestellt hätten, weil die Richtung der Parteischule ihren Anschauungen entspricht. Die Generalversammlung solle sich für zu gut halten, den Leipziger für die Durchführung ihrer Zendenzen den Steigbügel zu halten.

Hierauf wird der Antrag abgelehnt.

Ein weiterer Antrag Leipzig, wonach der Vorstand verpflichtet wird, alle rechtzeitig zum Verbandstag eingereichten Anträge zu veröffentlichen, wird durch eine entgegenkommende Erklärung von Schlichte im Einverständnis mit den Antragstellern als erledigt betrachtet.

Der Antrag Leipzig, wonach die Werkzeugmacher als besondere Branche anerkannt und den übrigen angereicht werden sollen, wird dem Vorstand überwiesen.

Angenommen wird der Antrag von Frida Müller (Berlin), den Hauptvorstand zu ersuchen, bei der Generalkommission die Gründung einer wöchentlich erscheinenden gewerkschaftlichen Frauenzeitung zu erwirken.

Hierauf begründete Kfermann (Düsseldorf) seinen Antrag, auf dem Gedenkblatt zu Ehren der gefallenen Kollegen die Worte „im Kampf um den Frieden“ und im Vorwort die Worte „Für die

Freiheit“ zu streichen. Soweit sich der Antrag auf das Gedenkblatt bezieht, wird er vom Antragsteller zurückgezogen, im übrigen aber aufrecht erhalten.

Schlichte erwidert, daß es im Sinne der Ehrung der gefallenen Mitglieder liegt, wenn man ihnen die Überzeugung zuschreibt, daß sie für die Freiheit kämpften. Nach der gestrigen Aussprache würde die Streichung der Worte einen merkwürdigen Eindruck machen. Und allen Schwere doch vor, daß aus diesem Kriege Freiheit und Unabhängigkeit, und zwar Freiheit im besten Sinne des Wortes, hervorgehen möge. Diese Hoffnung helfe auch den im Felde stehenden Kollegen über manche Schwierigkeiten hinweg. Die beanstandeten Worte bedeuten eine Ehrung und keine Verächtlichung.

Schumann (Leipzig) nimmt den zurückgezogenen Teil des Antrages wieder auf. Den Kampf für die Freiheit stelle er sich anders vor, als er heute geführt werde. Unglaublich sei es, wie Severing als sozialdemokratischer Redakteur sagen könne, er stelle sich lieber unter die Zensur des Generalkommandos als unter die der Leipziger Delegierten.

Cohen (Berlin) bittet, den Worten von Severing keine falsche Deutung zu geben. Er hätte es lieber gesehen, wenn man mit der Herausgabe des Gedenkblattes bis nach Beendigung des Krieges gewartet hätte. Aber das Blatt sei nun einmal da, und es liege kein Grund vor, die Worte zu streichen. Ob man nach dem Kriege zu freierlichen Einrichtungen kommen werde, lasse sich heute nicht voraussagen, den Kampf dafür müsse man jedenfalls aufnehmen und sich von Kleinheitskramerei, wie die Leipziger sie betreiben, fernhalten. Hierauf wird der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Es folgt der Punkt 3:

Verbandsorgan.

Darüber werden wir in Nr. 29 einen besonders ausführlichen Bericht bringen.

Danach folgt die Beratung der

Staffelbeitragsfrage.

Die auf der Breslauer Generalversammlung eingesetzte Kommission unterbreitet eine Vorlage, wonach in Zukunft drei verschiedene Beitragsklassen bestehen sollen, eine 70-%-Klasse, eine 50-%-Klasse und eine 30-%-Klasse. Über die Zugehörigkeit sollen die Ortsverwaltungen und die Bezirksleitungen auf Grund bestimmter Regeln die Entscheidung treffen. Naturgemäß sollen auch die Unterstützungen in den einzelnen Klassen verschieden sein.

Panlowitz gibt den Bericht der Kommission. Die Schriftleitung habe geschrieben, sie sei darüber enttäuscht, daß die Verabschiedung der Vorlage keine Erörterung gezeigt habe. Man könne daraus schließen, daß die Mitglieder den Zeitpunkt zur Einführung von tiefgreifenden Neuerungen nicht für geeignet erachteten. Er habe gegenteilige Briefe bekommen. Die Deutung der Schriftleitung sei jedenfalls ganz willkürlich. Bei der Frage der Staffelbeiträge handle es sich einmal um die grundsätzliche Seite der Frage, ob man überhaupt Staffelbeiträge einführen wolle, und zweitens darum, ob die gegenwärtige Zeit hierfür geeignet sei. Nach einmütiger Ansicht der Kommission sei das beste ein einheitlicher und möglichst hoher Beitrag, aber man dürfe nicht vergessen, daß man noch viel Heuland zu bearbeiten habe und daß man den neu zu gewinnenden Kollegen nicht mit zu hohen Beiträgen kommen dürfe, sondern sie erst allmählich erziehen müsse. Man könne doch ein neu gewonnenes Mitglied nicht mit vollen Erbsen füttern. (Heiterkeit.) Redner erläutert dann die Einzelheiten der Vorlage. Der Schwerpunkt sei: Zwangseinrichtung oder freie Einrichtung? Daran sei die Sache 1909 gescheitert. Die Kommission halte die von ihr vorgeschlagene Regelung für einen durchaus gescheiterten Versuch. So wie bisher könne es nicht weitergehen, wenn man auf der einen Seite auch ausgeben müsse, daß die Verhältnisse in Metallgewerbe nicht so liegen, wie in den Verufen, wo ein Reichstier oder doch fast an jedem Ort ein Ortstier besteht. In manchen Verwaltungsteilen werde die Staffelung überflüssig sein, aber in den ländlichen Distrikten werde sie sich als notwendig herausstellen. Selbst in Großstädten sei es angesichts der kolossalen Unterschiede in den Verdiensten erforderlich, auf die niedrig entlohnenden Kollegen Rücksicht zu nehmen. Wenn die Kollegen die Wohltat der Organisation erst am eigenen Leibe kennen gelernt hätten, dann würden sie von selbst in die höhere Klasse übergehen. Auch die Frage, ob es jetzt während des Krieges zweckmäßig sei, die Staffelung vorzunehmen, müsse er bejahen. Gerade nach dem Kriege würden die Verhältnisse ziemlich unsicher sein, an Stelle gelernter männlicher Arbeiter seien ungelernete in die Betriebe gekommen, an Stelle männlicher Ungelernter Arbeiterinnen, und alle diese müßten man der Organisation zuführen. Der jetzige Zeitpunkt schreie geradezu nach Staffelbeiträgen. Schon im Interesse der Kollegen, die im Schlingengraben liegen, ersuche er um Annahme der Vorlage. (Lebhafter Beifall.)

Haack (Dresden) hält den Zeitpunkt für die Einführung von Staffelbeiträgen nicht nur für ungeeignet, sondern ist der Ansicht, daß die heutige Zeit ihre Einführung geradezu verbiete, denn es fehle an der technischen Möglichkeit ihrer Durchführung. Man dürfe nicht vergessen, daß man vielfach bereits dazu gegriffen habe, den Frauen der bisherigen Verwaltungsbeamten die Geschäfte zu übertragen.

Giesen (Röln) ist im Gegensatz hierzu der Ansicht, daß gerade jetzt die Einführung einer neuen Klasse notwendig sei. Prinzipiell sei er für Staffelbeiträge, wenn er auch gegen Einzelheiten der Vorlage mancherlei einzuwenden habe.

Jäckel (Berlin) erkennt das agitatorische Moment der Staffelbeiträge an, man werde so die Kollegen, die noch in anderen Verbänden mit niedrigeren Beiträgen sind, eher in den Metallarbeiter-Verband hineinbekommen. Natürlich dürfe die Staffelung nicht freiwillig sein, man müsse etwas zwingendes schaffen. Die weiblichen Mitglieder könnten sehr gut in die 50-%-Klasse eingereiht werden, ihre Löhne hätten sich gegen früher sehr erhöht.

Blum (Magdeburg) meint, bei gleichen Beiträgen werden die Kollegen eher ermuntert, dafür zu sorgen, daß sie auch die gleichen Löhne erhalten. Bei Einführung niedrigerer Beiträge würden sich viele um die höheren Beiträge drücken. (Sehr richtig.) Durch die Staffelung der Beiträge werde die Agitation erschwert. Zum mindesten sollte die Frage zurückgestellt werden.

Jäger (Düsseldorf) betont, daß der Einwand von Haack, der Staffelbeitrag sei jetzt während des Krieges technisch schwer durchführbar, damit falle, daß die Vorlage, wenn sie beschloffen sei, ja nicht sofort durchgeführt zu werden brauche. Werde die Vorlage heute abgelehnt, so würden auf der nächsten Generalversammlung die Anträge wiederkommen und dann würde vielleicht wieder eine Kommission gewählt. (Heiterkeit.) Wenn man sage, die Hälfte der Mitglieder stehe im Felde, so sei zu bedenken, daß auch die Kollegen im Felde doch die Vorgänge im Verband in der Metallarbeiter-Zeitung verfolgten und daß Proteste gegen die Staffelbeiträge aus dem Felde nicht gekommen seien. Gewiß werde die Verwaltungsarbeit durch die Staffelbeiträge umständlicher, aber andererseits werde die Agitation in gewissen Industriezweigen erleichtert, und diese Vorteile seien schwerwiegender als die Nachteile. Redner verweist darauf, daß der Metallarbeiter-Verband mit Staffelbeiträgen gute Erfahrungen gemacht habe. Dort habe sich übrigens herausgestellt, daß die Mitglieder lieber in die höheren Klassen gehen. Auch der Holzarbeiterverband habe eine ähnliche Erfahrung gemacht. Die Anhänger der Staffelbeiträge wären durchaus nicht so naiv, zu glauben, daß bei niedrigen Beiträgen die Mitglieder gelassen kommen. Aber es sei jedenfalls ein ungünstiger Zustand, wenn Kollegen mit ganz verschiedenen hohen Löhnen denselben Beitrag zahlen müßten.

Die Weiterberatung wird auf den 1. Juli vertagt.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 1. Juli 1915.

Die Erörterung über die Einführung von Staffelbeiträgen wird fortgesetzt.

Reppold (Riel) beantwortet die Vorlage der Kommission, die allen Verhältnissen Rechnung trage. Um die Schwierigkeiten nicht zu vermehren, bittet er, von allen weiteren Vorschlägen, abgesehen. Vielleicht aber wäre es möglich, die Kollegen der 50-%-Klasse von örtlichen Ertragsbeiträgen zu verschonen.

Wittenmeier (Zweibrücken) erklärt, daß er schon früher Anhänger einer niedrigeren Klasse war und heute erst recht dafür sei, da man während des Krieges neben den Frauen sehr viel niedrig entlohnte Kollegen in die Metallindustrie bekommen habe.

Schulenburg (Straßburg) wirft die Frage auf, ob der Vorschlag der Kommission auch den Verhältnissen in den Gegenden mit besonders schlechten Löhnen Rechnung trägt. Im Elsaß habe man noch Kollegen, die weniger als 2 M den Tag verdienen und die man bei den heutigen Beiträgen nicht gewinnen könne. Es liege doch aber im Interesse der Gesamtorganisation, möglichst alle Kollegen zu organisieren. Man möge den Ortsverwaltungen das Recht geben, im Einverständnis mit der Bezirksleitung und dem Vorstand Kollegen aus Gegenden mit so niedrigen Löhnen in die Klasse der Jugendlichen und der weiblichen Arbeiter einzureihen.

Karburger (Wormen) hätte gewünscht, daß man die Entscheidung über die Zugehörigkeit zu den Klassen nicht der Ortsverwaltung und Bezirksleitung überlassen, sondern eine bestimmte Verdienstgrenze für das ganze Reich dafür festgesetzt hätte. Angesichts der guten Erfahrungen anderer Verbände möge endlich auch der Metallarbeiter-Verband Staffelbeiträge einführen.

Urich (Berlin) betont, daß man mit dem Vorschlag der Kommission einem langgehegten Wunsch der Berliner Rechnung tragen würde.

Sauer (Karlsruhe) will den Einwand, daß man in der jetzigen Zeit ein Experiment mit den Staffelbeiträgen nicht machen könne, nicht gelten lassen. Die Staffelbeiträge sollen ja auch nicht schon am 1. Juli in Kraft treten. Es handle sich darum, sich grundsätzlich für die Schaffung einer niedrigeren Klasse zu erklären, die richtige Form werde man dann leicht finden.

Es läuft ein Antrag Fischer (Hamburg) ein: Die Generalversammlung beschließt: Unter Zugrundelegung und Anerkennung der Vorschläge der Kommission hält die Generalversammlung die baldige Einführung von Staffelbeiträgen für notwendig. Die Vorschläge der Kommission sollen vom Vorstand beziehungsweise Verat nachgeprüft und der nächsten Generalversammlung unterbreitet und von dieser endgültig erledigt werden.

Uckermann (Berlin) hält die Staffelung der Beiträge für notwendig. Der Verband würde sich lächerlich machen, wenn er dazu nicht in der Lage wäre. An dem Übertritt in die höheren Klassen hätten die Mitglieder selbst ein Interesse, da sie dann ja auch höhere Unterstufungen bekämen.

Heller (Berlin) wendet sich gegen den Vorschlag, die Angelegenheit wieder auf zwei Jahre zu verlagern. Der Antrag bedeute eine Verschleppung.

Sjalinski (Osnabrück) ist der Ansicht, daß die Erfahrung gelehrt hat, daß man ohne Staffelbeiträge nicht auskommen könne. Wäre eine Urabstimmung vorgenommen, dann wären die Staffelbeiträge schon längst beschlossen. Bisher sei die Sache immer nur daran gescheitert, daß man nicht wußte, wie man es machen solle. Er bitte um unveränderte Annahme der Kommissionsvorlage.

Stadtrand (Brandenburg) hat sich noch nicht davon überzeugen können, daß die Staffelbeiträge wirklich das Ideal bedeuten. Er hält die jetzige Zeit für die Einführung von Staffelbeiträgen nicht für geeignet, zumal da den im Felde stehenden Mitgliedern keine Möglichkeit gegeben ist, ihre Meinung zu sagen. Man möge die Entscheidung der nächsten Generalversammlung überlassen.

Es laufen einige weitere Anträge ein. Ein Antrag Leopold (Ahl) verlangt, daß die Staffelbeiträge heute beschlossen werden, daß aber die Vorlage erst am 1. Juli 1916 in Kraft tritt. Ein Antrag Dahn (Hamburg) fordert, daß die Generalversammlung der Einführung von Staffelbeiträgen zustimmt, daß aber der Vorstand beauftragt wird, über den Zeitpunkt der Einführung eine möglichst bald nach Beendigung des Krieges einzuberufende ordentliche Generalversammlung entscheiden zu lassen. Ein Antrag Schulenburg (Straßburg) endlich wünscht, daß dem § 6 Abs. 1 des Statuts angefügt wird:

„In diese Klasse können auch die männlichen Mitglieder einzelner Orte auf ihren Antrag eingewiesen werden, wenn ihr Wochenverdienst dauernd 20 M nicht übersteigt.“

Die Entscheidung über die Zulässigkeit der Einweisung erwachsener männlicher Mitglieder in diese Klasse wird vom Vorstand im Einverständnis mit der Bezirksleitung und der den Antrag stellenden Ortsverwaltung getroffen.

Everz (Berlin) spricht sich für die Einführung von Staffelbeiträgen aus. Man möge vorläufig die Vorlage der Kommission mit einigen unwesentlichen Änderungen annehmen. Sollten sich später aus der Praxis notwendige Änderungen ergeben, dann könne man das Statut ja immer noch ändern.

Schiers (Süder) betont, er sei seit zehn Jahren Anhänger der Staffelbeiträge, müsse aber mit Rücksicht auf die Stimmung der Mitglieder gegen die Vorlage stimmen, die in dieser Zeit, wo 25000 Mitglieder im Felde stehen, nicht viel am Statut geändert wissen wollen. Man wisse noch gar nicht, wie es bei Beendigung des Weltkrieges aussehen würde, es sei daher richtiger, die endgültige Abstimmung bis zur nächsten ordentlichen Generalversammlung zu verlagern.

Kern (Dresden) hält gerade die jetzige Zeit für die geeignete, Staffelbeiträge einzuführen, da es auch nach dem Kriege infolge der Lernerung den niedrig entlohnerten Mitgliedern schwer fallen würde, die höheren Beiträge zu zahlen.

Müller (Hamburg) ist für die Einführung von Staffelbeiträgen. Sollten die Kollegen die Erhaltung und Berechtigung der Mitgliedschaft, dann müßten sie der Vorlage zustimmen; einmal müßte doch das Kind geboren werden.

Guth (Dachau) wendet sich gegen eine Verschleppung der Vorlage bis zur nächsten Generalversammlung. Es sei besser, heute reinen Tisch zu machen und die Staffelbeiträge am 1. Juli 1916 einzuführen.

Schott (Frankfurt a. M.): Die Frage sei noch keineswegs gelöst, daß beweisen die vielen Änderungsanträge. Ganz habe ich viele Bedenken und müßte mir Seminare geben es an brauchen. Unter so schwierigen Verhältnissen könne man keine Änderung einführen. Um eine dauernde gesunde Grundlage zu schaffen, sei die heutige Zeit nicht geeignet.

Ein Antrag auf Schluß der Aussprache wird abgelehnt.

Garbe (Ahl): Der Hinweis auf die Kollegen in den Schützengräben sei hinlänglich, denn die Breslauer Generalversammlung habe die Kommission bereits bestimmt mit der Ausarbeitung einer Vorlage beauftragt. Es sei zu wünschen, daß der Vorstand hier zu der Sache Stellung nehme. Um Klassenbeiträge werde man doch nicht herumkommen, denn solange eine Klasse bestehe, könne der Beitrag auch nicht erhöht werden, obwohl die Mitgliedszahlen und der Gehalt höherer Beiträge sehr steigen. Der Gesamtverband tue also gar nicht gut daran, sich gegen die Staffelbeiträge zu wenden. Man werde um die Lösung der Frage doch nicht herumkommen, die Frage sei die beste Lösung.

Es läuft ein Antrag Krause (Chemnitz) ein, die Abstimmung über die Einführung der Staffelbeiträge zunächst grundsätzlich vorzunehmen und folgenden Antrag zur Abstimmung zu bringen:

„Die Generalversammlung beschließt die Einführung einer Beitragsklasse zu 50 % auf der von der Staffelleitung vorgetragenen Grundlage.“

Huber (Hofheim): Wenn der Deutsche Metallarbeiter-Verband in 21 Jahren nur einen Beitrag von 600000 Mark erbracht, so liegt jetzt kein Grund vor, Staffelbeiträge einzuführen. Bei richtiger Regelung werde man auch so gute Fortschritte machen. Für so hoch sollte man die Beiträge auch nach Einführung von Staffelbeiträgen nicht erhöhen. Die Kommission sei insofern insofern gewarnt, als sie für die Kollegen, die mehr verdienen, den Beitrag nicht erhöht habe. Der Beweis, daß durch die Staffelbeiträge mehr Mitglieder zu gewinnen seien, müsse erst noch erbracht werden. (Zuruf: Amareck) Kapfer (Frankfurt): Bei geschätzter Agitation sei es überaus wichtig, Kollegen, die gewillt seien, sich zu organisieren, auch ohne Staffelbeiträge dem Verband anzuschließen. Die Kommission habe seit Ausbruch des Krieges überaus erfolgreich gearbeitet. Er habe eine 25jährige Erfahrung als Gewerkschafter

hinter sich und behaupte auf Grund der Erfahrungen, daß es für den Verband eine Schädigung bedeute, wenn jetzt während der Kriegszeit die Staffelbeiträge eingeführt würden. Weber der Vorstand noch die Mitglieder würden dabei auf ihre Rechnung kommen. Ein großes Durcheinander werde die Folge sein. Auf der ersten ordentlichen Generalversammlung nach dem Kriege könne man sich erneut mit der Sache beschäftigen.

In seinem Schlusswort geht Pawlowitsch auf die in der Aussprache gegen die Vorlage der Kommission erhobenen Einwendungen ein. Die Anregung von Schulenburg, daß für bestimmte abgeschlossene Orte den Mitgliedern der Beitrag zu 30 % gesteuert werden soll, habe der Kommission nicht vorgefallen. Er könne sich deshalb nicht dazu äußern. Nicht angängig sei es, eine Verdienstgrenze für das ganze Reich zu schaffen. Im allgemeinen könne er nur sagen, wenn die Vorlage zweckmäßig sei, dann möge man sie auch einführen. Bisher hat niemand nachweisen können, daß dem Verband daraus ein Schaden erwachse. Gewiß seien Schwierigkeiten vorhanden, aber Schwierigkeiten seien noch keine Unmöglichkeiten, und so groß seien die Schwierigkeiten auch nicht. Die Einführung von Staffelbeiträgen liege durchaus im Interesse der Organisation.

Hierauf wird zunächst in namentlicher Abstimmung mit 107 gegen 48 Stimmen die Einführung einer Beitragsklasse von 50 % nebst entsprechend abgestuften Unterstufungen beschlossen. Weiter wird beschlossen, daß der Staffelbeitrag spätestens am 1. Juli 1916 in Kraft tritt.

Die Vorschlagsanträge, soweit sie durch diese Beschlüßfassung nicht erledigt sind, werden in Verbindung mit der Vorlage an die Statutenberatungskommission zur Einarbeitung in das Statut überwiesen.

Die Generalversammlung nimmt dann noch den Bericht über einige Beschwerden entgegen.

Die Beschwerde von Höllein (Jena) gegen den Vorstand, weil er zur Breslauer Generalversammlung die Anträge, die sich mit der Beschäftigung der Parteischule befassen, nicht veröffentlicht hat, wird auf Antrag der Kommission abgelehnt, ebenso die Beschwerde von Liebmann (Leipzig), die sich gegen die Ausführungen von Sauer als Berichterstatter der Beschwerdekommision auf der Breslauer Generalversammlung und gegen den Bezirksleiter Scheffler richtet. Die Nachmittags-Sitzung fällt aus.

Fünftes Verhandlungstage.

Berlin, den 2. Juli 1915.

Am fünften Verhandlungstage nahm die Generalversammlung zunächst den weiteren Bericht der Beschwerdekommision entgegen. Die Beschwerde des früheren Formers Schmucker (Hirnsberg) wegen seines Ausschlusses aus dem Verband, die bereits der Ausschuss als unbegründet abgewiesen hatte, wurde auch von der Generalversammlung zurückgewiesen. Ebenso eine Beschwerde von Hainthaler (Frankfurt a. M.) wegen seines Ausschlusses.

Das gleiche Schicksal hatte die Beschwerde von Treiber (München) wegen Verweigerung einer Maßregelungsunterstützung. Zurückgewiesen wurde ferner die Beschwerde des Formers Dosa (Gewelbisch) wegen verweigerten Rechtshilfes.

Eine längere Aussprache knüpfte sich an die Beschwerde von Pawlowitsch (Berlin), der entsprechend seiner Stellung als Bureaubeamter im dritten Bezirk ein Endegehalt von 3216 M bezieht, aber der Meinung war, daß ihm ein Gehalt von 3600 M zusteht. Ebenso wie der Vorstand und der Ausschuss stellte sich auch die Generalversammlung auf den Standpunkt, daß der Anspruch von Pawlowitsch unbegründet ist.

Der Kollege Rademald (Berlin) wurde auf Antrag der Kommission wieder in die Klasse der vollqualifizierten Mitglieder eingestuft. — Den von der Agitationskommission der Berliner Metallformer gegen das Mitglied Dederst gestellten Ausschlußantrag wegen Streikverweigerung lehnte die Generalversammlung ab, dagegen befähigte sie den Ausschluß des Mechanikers Rosyle (Berlin), der sich beharrlich geweigert hatte, vor der Untersuchungskommission zu erscheinen. — Abgelehnt wurde die Beschwerde von Fischer (Bremen) wegen seines Ausschlusses. — Einer Beschwerde aus Leipzig wegen Verweigerung der Streik- und Maßregelungsunterstützung gab die Generalversammlung Folge. — In der Beschwerdeangelegenheit aus Grimnitzau, betreffend die Gewöhnung einer Ausfertigungsunterstützung, über die zwischen Vorstand und Ausschuss kein Einvernehmen erzielt werden konnte, stellte sich die Generalversammlung auf den Standpunkt des Ausschusses, wonach die Unterstufung zu gewähren ist. — In dem Falle des Kollegen Wolf (Grimnitzau) endlich, der sich an dem Tage, wo er zum Heere einrücken sollte, erkrankt hatte, um nicht gezwungen zu sein, auf seine ausländischen Brüder zu schießen, und wo die Mutter kein Sterbegeld erhielt, weil der Sohn an diesem Tage nicht mehr Mitglied war, hat sich der Vorstand bereit erklärt, eine nachmalige Prüfung vorzunehmen. Die Generalversammlung brauchte sich infolgedessen mit dieser Sache nicht zu befassen.

Hierauf nimmt die Generalversammlung den Bericht der Kommission zur Vorbereitung der zum Vorstandsbereich gestellten Anträge entgegen.

Die Kommission beantragt, die Erwerbslosenunterstützung bei Krankheit vom 1. August 1915 an in der Höhe der Hälfte der bisherigen Unterstufungssätze auf die Dauer von 20 Wochen bei 14-tägiger Karenzzeit wieder einzuführen. Dadurch erachtet die Kommission die Anträge aus Düsseldorf und Regensburg auf Wiedereinführung der Erwerbslosenunterstützung bei Krankheit für erledigt. Weiter beantragt sie:

Ausgeherrte und noch nicht bezugsberechtigte zum Kriegsdienst eingezogene Mitglieder, die sich nach ihrer Entlassung aus dem Heeresdienst innerhalb (§ 5 Abs. 6) zum Verband wieder anwerben, können innerhalb 6 Wochen nach ihrer Entlassung bei Arbeitslosigkeit Unterstützung auf die Dauer von zusammen vier Wochen beziehen.

Ausgeherrte erhalten die Unterstützung in der Höhe, die ihnen vor ihrem Einrücken zustand.

Nichtbezugsberechtigte erhalten den niedrigsten Satz der Unterstützung bei Arbeitslosigkeit.

Bei späterem Beginn von ausreichenden Unterstufungen können diese Unterstufungen nach den freiwilligen Bestimmungen in Anwendung kommen.

Gerhard ist nach Ansicht der Kommission der Antrag des Vorstandes erledigt, wonach den aus dem Felde zurückkehrenden und dadurch ausgegliederten Mitgliedern die Dauer des Kriegsdienstes auf ihre Mitgliedschaft angerechnet wird, wenn sie sich innerhalb vier Wochen nach Entlassung aus dem Heeresdienst wieder anwerben.

Abgelehnt hat die Kommission die Anträge Bremen, Solingen auf Aufhebung der Anordnung des Vorstandes zu § 10 Abs. 7, den Antrag Düsseldorf auf Vereinfachung einer größeren Geldsumme zur Unterstützung der Kriegsfamilien und die Anträge Jümann und Quechlinberg, wonach den Angehörigen der im Felde gefallenen Mitglieder ein Sterbegeld in halber Höhe gewährt werden soll.

Recki (Karlsruhe) berichtet über die Verhandlungen der Kommission. Diese habe sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Erwerbslosenunterstützung wieder eingeführt werden müsse, andererseits aber keine Rede davon sein, sie in vollen Umfang wieder einzuführen. Selbstverständlich werde der Beitrag infolge wieder ausgeherrter Mitglieder nicht erhöht werden müssen, wenn nach Ansicht des Verates, des Vorstandes und des Ausschusses der Augenblick gekommen sei, wieder die volle Unterstützung zu gewähren. Eine Statutenänderung bedeutet der Kommissionsvorsitzende nicht. Behauptungswillig würde es sein, wenn eine zum zweiten Male die Unterstützung aufgehoben werden würde. Diese Gefahr sei aber abgewandt des vorstehenden Beschlusses der Kommission ausgeglichen. Die Unterstützung soll am 1. August in Kraft treten, eine 14-tägige Karenzzeit braucht dann nicht durchgeführt zu werden, vielmehr könnten die Kollegen, die jetzt oder im Laufe der nächsten Wochen krank sind und die 14-tägige Karenzzeit abgewartet haben, am 1. August die Unterstützung bereits beziehen. Bezüglich der gegenseitigen Unterstützung siehe die Kommission auf dem Standpunkt, daß nicht die Summe, sondern die Unterstufungstage in Anwendung kommen müssen. Der 10 Wochen

lang die Krankenunterstützung bezogen habe, könne, wenn er arbeitslos wird, nur noch 10 Wochen die Arbeitslosenunterstützung beziehen, ohne Rücksicht auf die Höhe. Dem Antrage auf Wiedereinführung der Arbeitslosenunterstützung habe die Kommission nicht beizutreten können, denn eine noch weitere Belastung in der gegenwärtigen Zeit könne sie nicht verantworten.

Matthes (Jena) wendet sich gegen den Vorschlag der Kommission. Die Mittel des Verbandes würden dadurch so stark in Anspruch genommen werden, daß er finanziell für spätere Kämpfe geschwächt wird. Die Hauptfrage sei, dafür zu sorgen, daß nach Beendigung des Krieges die Veruche der Unternehmer auf Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse abgemehrt werden können.

Wöh (Düsseldorf) belämpft gleichfalls den Kommissionsantrag, aber aus anderen Gründen. Die Vorlage bedeute keine Belastung, sondern eine Entlastung der Sozialkasse. Man dürfe nicht vergessen, daß heute schon in den meisten Fällen von Krankheit der 20 Anwendung findet. Man müsse dafür sorgen, daß der Fluktuation ein Ende bereitet wird, denn es unterliege keinem Zweifel, daß eine ganze Reihe von Mitgliedern ausgetreten sind, weil sie während der Krankheit keine Unterstützung beziehen konnten. Was nütze dann auf der einen Seite das Geld, wenn dem Verband auf der andern Seite so und so viele tausend Mitglieder verloren gehen. Weiter erachtet Weber von Annahme des Düsseldorfer Antrags auf Unterstützung der Kriegsfamilien. Man müsse den heutigen Verhältnissen Rechnung tragen und die Not der Familien der Kriegsteilnehmer lindern.

Vöbde (Bremen) begründet den Antrag Bremen auf Wiedereinführung der Ausfertigungsunterstützung. Dieser Antrag liege besonders im Interesse der Kollegen der Silberwarenindustrie, wie überhaupt der Exportindustrie.

Cohen (Berlin) betont, daß man sich in einer Situation wie der heutigen nicht vom Gefühl leiten lassen dürfe, sondern nur vom Verstand. Die kommende Zeit sei unberechenbar und unsicher. Man dürfe niemals vergessen, daß die Unterstufungen nur Weivert sind, aber man darf darüber die Hauptaufgabe der Organisation nicht aus dem Auge verlieren. Für die aus dem Kriege heimkehrenden müsse das Reich eintreten. Es ist ganz ausgeschlossen, daß die zu Hunderttausenden zurückkehrenden Krieger zum Teil sofort wieder Arbeit finden, die meisten Betriebe, die jetzt Kriegsmaterial herstellen, müssen wieder vollständig umgebaut werden, um für andere Fabrikationszweige geeignet zu sein. Zwischen Waffenstillstand und Frieden würde eine große Arbeitslosigkeit eintreten, die Handelsbeziehungen könnten nicht von heute auf morgen wieder hergestellt sein, und ohne daß die da sind, könnte Deutschland nicht alle Arbeiter beschäftigen. Er warne dringend vor einem Sprung ins Dunkle. Das Unterstufungswesen dürfe niemals die eigentliche gewerkschaftliche Aufgabe überwindern.

Die Aussprache wird geschlossen. Uckerer weist in seinem Schlusswort nochmals auf die Notwendigkeit der teilweisen Wiedereinführung der Krankenunterstützung hin. Man müsse betonen, daß die Kollegen, die jetzt nicht ausgerückt sind, an den Verband zu fesseln, allerdings müsse man dabei auch auf die Finanzen des Verbandes Rücksicht nehmen. Er möchte bei dieser Gelegenheit an die Mitglieder mit gutem Verdienst die Mahnung richten, mehr für den Hilfsfonds zur Unterstützung der Kriegsfamilien beizutragen. Im übrigen sei natürlich die Unterstützung der Kriegsfamilien in erster Linie Aufgabe des Reichs. Man möge deshalb auch an die Gemeinden appellieren, damit diese dafür sorgen, daß die Frauen und Kinder der Krieger keine Not leiden. (Wraho!)

Hierauf wird über den Antrag Bremen auf Aufhebung der Anordnung des Vorstandes zu § 10 Abs. 7 des Statuts die Einzelberatung eröffnet.

Kaiser (Solingen) erucht um Annahme des Antrages. Falls die Unterstützung bei Aussehen nicht wieder eingeführt werde, würden die Kollegen in Solingen in eine schwierige Lage geraten, für die sie die Folgen ablehnen müßten.

Kluge (Hofheim) wendet sich gegen den Antrag. In Hofheim werde zeitweise sehr viel ausgekehrt, aber man habe ein Haar in der Suppe gefunden. Es gehe bald soweit, daß jede Minute, wo nicht gearbeitet werden könne, vom Verband ersetzt werden müsse.

Reichel (Stuttgart) warnt gleichfalls vor der Annahme des Antrages. Man würde damit dem Verbands ganz erhebliche Ausgaben auferlegen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Auch im übrigen schließt sich die Generalversammlung in allen Punkten den Vorschlägen der Kommission an.

Welter erklärt sich die Generalversammlung einverstanden mit einem Antrage der Statutenberatungskommission, wonach für den niedrigeren Beitrag eine Verdienstgrenze von 24 M gelten soll.

Es folgt der Vortrag über: „Soziale Aufgaben während des Krieges und die Gewerkschaften.“

Schlacke: War schon das Maß der sozialen Pflichten in Friedenszeiten nicht klein, so sind durch den Krieg neue Aufgaben entstanden, und die Dringlichkeit bisher unerfüllt gebliebener Aufgaben ist mit aller Deutlichkeit dargetan worden. Nicht nur die Pflicht, während eines uns aufgewungenen Kampfes durchzuhalten, sondern vielmehr die gerade bei Ausbruch des Krieges momentan eingetretene Verwirrung gemahnten gar zu deutlich daran, daß eine Einigkeit des Volkes nur durch Anerkennung sozialer Verpflichtungen auf die Dauer möglich sei. Eine Anerkennung sozialer Pflichten hat aber zur Voraussetzung die Anerkennung voller Gleichberechtigung aller Mitglieder des Gemeinwesens, eine Gleichberechtigung, die sich nicht nur auf die Vorteile der Pflichten, sondern auch der Rechte erstreckt. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, haben auch die furchtbaren Greueltaten des Krieges nicht oder nur wenig zur Vertiefung sozialer Erkenntnisse beigetragen. Noch heute gibt es zahlreiche grundsätzliche Gegner, die in jedem Augenblicke an die Arbeiterklasse eine Erweiterung der Rechte des Volkes befürchten. Unter dem frischen Einbruch einer furchtbaren Katastrophe entdeckt mancher sein warmes Herz für seinen Nebenmenschen, fühlt sich ihm solidarisch verbunden; aber wenn Tage und Wochen vergangen sind, dann tritt an Stelle der warmen Empfindung die kalte Erwägung. Der Eigennutz gewinnt die Oberhand über den Gemeininn. So ist es auch im Kriege. In den ersten Tagen der Begeisterung schenken volle Solidarität unter allen Volksklassen zu bestehen. Aber dieser Rausch oder Traum war nur kurz. Selbstständig erhoben sich Sturmwellen, die zur Entzweiung der Arbeiter mahnten. Die Solidarität zum Durchhalten bis zum Ende hat bei den Dahingeblichen eine eigene Illustration durch die rauhern Taten erfahren. Ganze Industrien lagen brach, Arbeiterentlassungen folgten auf Arbeiterentlassungen, ohne daß freie Arbeitsplätze besetzt wurden. Selbst Betriebe, die noch genügend Arbeit hatten, die Arbeitsmangel infolge zahlreicher Einberufungen zum Kriegsdienst verspürten, bewiesen ihre Solidarität, ihren Gemeininn, ihr sogenanntes soziales Denken und letzten Endes auch ihren Patriotismus dadurch, daß sie selbst Landsturmpflichtige, der Gefahr der baldigen Einberufung wegen, nicht entließen. Als Schall und Rauch erwies sich die Solidarität, erwies sich der Gemeininn weiter Kreise des Unternehmertums und alle, die an ein soziales Denken und Empfinden des deutschen Volkes geglaubt haben, werden diesen Teil des Volkes davon ausnehmen müssen.

Wie auf diesem Gebiet, so auch auf anderen. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter hatten aus Gemeininn, im Interesse der zur Verteidigung Deutschlands notwendigen Einigkeit, ihre schwelgenden Kämpfe mit dem Unternehmertum aufgehoben, in der Voraussetzung, daß auch die Unternehmer auf die Durchsetzung ihrer Forderungen verzichten würden. Auch hier hob sich der Gemeininn der Arbeiter vorteilhaft von dem gemeinen Sinne verschiedener Unternehmer ab (Sehr laut!), die sich durch Beendigung des Kampfes eines billigen Atomphetes erfreuten.

Wie wenig gerade in der Zeit des Burgfriedens, der doch errichtet wurde als äußeres Mahnzeichen, alle inneren Streitigkeiten zu vermeiden, der „Gemeininn“ des Unternehmertums befestigt wurde, beweisen die trotz guten Verdienstes versuchten Akkordabzüge. Befestigung der Beziehungen bei überaus hohen und Sonntagsarbeit bei gleichzeitiger Verneinung dieser Arbeitszeiterhöhung. Recht bezeugend für den entwicklungsfähigen „Gemeininn“ des Unternehmertums sind die von den Militärbehörden bekannt gegebenen Grundsätze für Betriebe mit Heereslieferungen. All das beweist, daß es mit

dem sozialen Empfinden bei einem Teile des deutschen Volkes nicht weiter gekommen ist. Das Unternehmertum gehört zu jener Sorte Vierzeln, die aus jeder B...me Honig saugen.

Gewiß gibt es auch Unternehmer und Unternehmergruppen, die gerade in der ersten Zeit der Kriegswirren wirklich sozial dachten und in gemeinsamen Vorhaben mit den Arbeitern einen besseren Beschäftigungsgrad in Industrie und Handwerk herbeizuführen suchten. Aber die Bestrebungen der Kriegsausgänge und Arbeitsgemeinschaften sind im allgemeinen ohne Einfluß auf die Haltung des Unternehmertums geblieben. Die dem Mangel an Einsicht ist es auch zuzuschreiben, daß Maßnahmen der Beförderung, wie die Beschlagnahme verschiedener Rohstoffe, deren die Industrie bedurfte, nicht immer ruhig hingenommen wurden. Es ist doch nicht zu bestreiten, daß manche Maßnahmen in bezug auf die Versorgung des Volkes mit Lebensmitteln und Bedarfsartikeln, also die wichtigste soziale Fürsorge im Kriege, besser im Interesse des gesamten Volkes hätte gelöst und durchgeführt werden können, wenn auch die Industrie, die wertvolle Bevölkerung durch gleichzeitige und gleichmäßige Vertretung der in ihr betätigten Interessengruppen zur Mitwirkung herangezogen worden wären. (Lebhafte Zustimmung.)

Daß trotz des Krieges sich solche Erkenntnis nicht Bahn gebrochen hat, mag bedauernd sein, liegt aber in den deutschen Verhältnissen begründet. Wir wissen ja, wie gerade die Gewerkschaften kurz vor Ausbruch des Krieges sich über den Mangel an sozialer Gleichberechtigung zu beklagen hatten und wie wir auf unsere Münchener Gewerkschaftskongresse gegen die beabsichtigte und schon vollzogene Beschränkung unserer Rechte protestieren mußten. (Sehr wahr!) Die Regierung kann eben genau so wenig aus der Haut fahren. Kein Wunder also, wenn statt der dringenden Maßnahmen und Vorstellungen der politischen und gewerkschaftlichen Vertreter der Arbeiter die Warnungen und Gegenvorstellungen der politischen und wirtschaftlichen Vertretungen der Unternehmer bei der Regierung immer noch das Übergewicht behalten. Wenn man dies auspricht, wenn man sich daran erinnert und sich diese Tatsachen ständig vor Augen hält, so heißt das durchaus nicht etwa, daß auf dem Gebiete der Sozialpolitik Geschehene und Erreichte zu verkümmern. Es heißt auch nicht denjenigen, die daran mitarbeiten, den guten Willen absprechen. Genau wie wir unterhandeln, wie wir nach unserer Überzeugung unser Denken und Fühlen einrichten und einzurichten suchen, müssen wir das auch von unsern Gegnern annehmen, aber Pflicht der Regierung wäre es, beide Teile zu Worte kommen zu lassen. (Sehr wahr!) Dieses billige Verlangen ist bis zum Eintritt des Krieges unerfüllt geblieben und auch das blutige Völkerringen hat eine wesentliche Änderung nicht gebracht. Wie und aus welchen Gründen die Unternehmer sozial empfanden, und warum sie ihr warmes Herz entlocken, hat ja auch die Arbeiter-Zeitung mit aller Deutlichkeit verraten. Ich erinnere an den Artikel über falsche Arbeiterpolitik in Kriegszeiten, der sich mit den Hilfsmitteln für die Kriegerfamilien beschäftigt und besonders die unterschiedliche Behandlung dieser Arbeitslosen hervorhebt und worin auf die Gefahr innerer Unruhen infolge des Arbeitsmangels aufmerksam gemacht wird. (Hört! Hört!) Der Arbeiter-Zeitung verdanken wir in einer schwachen Stunde ja auch das Verständnis, daß die Wohlfahrtsleistungen der Unternehmer nicht nur aus sozialen Empfindungen, sondern für ganz besondere Zwecke selbst geschaffen worden sind. Die Wohltaten der Unternehmer erscheinen aber noch in einem besonderen Lichte, wenn man sich vergegenwärtigt, daß gerade in dieser Zeit des sozialen Empfindens mehrfache Lohnabzüge fallen. (Hört! Hört!) Man kann also ohne Übertreibung sagen, daß im wesentlichen als soziale Fürsorge nur noch die Bemühungen der Unternehmer zur Belebung der Industrie übrig bleiben. Gewiß ist den Arbeitern mit auskömmlicher Beschäftigung zu auskömmlichen Löhnen mehr gebührt als mit einer Arbeitslosenunterstützung, und es wird nur wenige Arbeiter geben, die eine ihnen gebotene Arbeitsmöglichkeit einer Unterstützung nicht vorziehen. Das berechtigt aber noch nicht zu dem Schlusse, daß die Fürsorge der Unternehmer nach dieser Richtung der Ausbruch besonderer sozialen Empfindens ist. Die Arbeiter-Zeitung hat es ausgesprochen, Sorge und Angst vor Schwierigkeiten bei zunehmender Not der Arbeitermassen vor Ausschreitungen dieser Art ist die Haupttriebfeder solcher sozialen Betätigung. (Hört! Hört!) Da bei der Gegenseitigkeit der Industrien gegen eine staatliche Regelung der Arbeitslosenunterstützung diese in absehbarer Zeit nicht verwirklicht werden wird, bleibt kein anderer Ausweg, der zudem noch der billigeren ist und den Unternehmern auch noch Vorteile verschafft. Den Arbeitern der Industrie, die auf den Export angewiesen ist, wurde erst nach langem, langem Bestehen geholfen.

Auch die Regierung schien einer Arbeitslosenversicherung wenig geneigt. Der Reichstanzler allerdings gab in einem Schreiben an den Vorstand der Gesellschaft für Soziale Reform seiner Überzeugung dahin Ausdruck, daß alles Gesehene müße, um diejenigen unserer Volksgenossen, die der Krieg erwerbslos gemacht hat, vor Not zu schützen. Aber er schob diese Aufgabe in erster Linie den Gemeinden zu. Damit war die Unterstützung Arbeitsloser während des Krieges auf dasselbe Geleise geschoben wie die Unterstützung der Angehörigen der Kriegerfamilien. Diese Unterstützung ist zwar gesetzlich geregelt, aber sie reicht selbst für die kleinsten Gemeinden nicht aus. Wenn auch die Arbeitslosenunterstützung keine Armenunterstützung im landläufigen Sinne sein soll, so ist sie doch ihres Nutzes als Armenunterstützung noch keineswegs entkleidet. Das könnte nur geschehen, wenn die Frage von Reichs wegen geregelt würde, aber davon will die Regierung nichts wissen, sie hat sich begnügt, 200 Millionen zur Gewährung von Wochenhilfe während des Krieges und zur Unterstützung von Gemeinden auf dem Gebiete der Kriegswohlfahrtspflege, besonders auch der Erwerbslosenfürsorge, zur Verfügung zu stellen. Das ist keineswegs ausreichend. (Sehr richtig!) Wir sehen ja auch, daß nach einer von unserm Verband veranstalteten Umfrage im Dezember 1914 von 740 Gemeinden mit 2000 und mehr Einwohnern erst 424 oder 11 Prozent eine Arbeitslosenunterstützung eingeführt hätten. Die Generalkommission gibt Ende Januar 1915 die Zahl der Gemeinden, die etwas auf diesem Gebiete geleistet hatten, mit 527, also nahezu 14 Prozent, an. Das ist herzlich wenig und trägt noch viel von dem Gepräge verbesserter Armenunterstützung. Das kann nur anders werden durch einheitliche Regelung für das ganze Reichsgebiet und unter Anerkennung völliger sozialer Gleichberechtigung. (Sehr richtig!) Für uns als Gewerkschaften handelt es sich natürlich nicht um die Unterstützungen an sich, sondern wir erblicken darin nur einen nicht zu umgehenden Ausweg. (Sehr wahr!) Das Bestreben der Gewerkschaften ist ja auch darauf gerichtet, diese Art sozialer Fürsorge möglichst allen unter Verteilung eines gleichen Maßes von Rechten und Pflichten zuteil werden zu lassen.

Mit dieser Frage eng zusammen hängt die Frage der Arbeitsvermittlung, deren gesetzliche Regelung immer brennender wird. Die Sorge des Unternehmertums, daß dadurch die Kampfesart nachweise der Unternehmer mehr ins Hintertreffen geraten, wird immer größer. Wir beobachten daher schon vor dem Kriege die Bestrebungen, die unseren Zielen zuwiderlaufen, obgleich sie in ihrem Kern auf eine Zusammenfassung der Arbeitsvermittlung hinauslaufen. Daß eine solche Zusammenfassung notwendig ist, wird man ohne weiteres zugeben. Wir wenden uns aber gegen eine Bürokratisierung der Arbeitsnachweise, wie sie Herr Dr. Freund anstrebt. Dr. Freund meint, einheitliche Nachweise könnten gebildet werden, wenn sie gut organisiert sind und unparteiisch geleitet werden. An wessen Adresse richtet sich das? Gut organisiert sind die schwarzen Kabinette der Unternehmer und unparteiisch geleitet sind sie angeblich auch. Das versichern uns die Unternehmer jeden Tag und Dr. Freund glaubt es. Die Gewerkschaften haben sich auf dem Münchener Kongreß mit aller Entschiedenheit gegen diesen Vorschlag gewendet. Nun ist auch die Reichsregierung nicht untätig geblieben, sie hat im Reichsamt des Innern eine Reichszentrale der Arbeitsnachweise errichtet, aber die bisherigen Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt sind dadurch nicht beseitigt worden. (Sehr richtig!) Die Mängel mußten um so krasser hervortreten, als nicht selten gewaltige Verschiebungen von Arbeitskräften von einem Ort zum andern notwendig wurden. Schließlich reichten aber auch die Arbeitskräfte der einschlägigen Berufe nicht aus, es mußte bei anderen Berufen Anleihen gemacht werden, und gerade hierbei hat sich die Tätigkeit der Gewerkschaften als un-

entbehrlich erwiesen. (Sehr richtig!) Die gerade auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes in der Kriegszeit grell zutage getretenen Mißstände haben die Generalkommission zur Einberufung einer Konferenz von Vertretern aller gewerkschaftlichen Nichtigungen unter Beteiligung von Sozialpolitikern und Vertretern bestehender Arbeitsnachweise veranstaltet, der ein vollständig ausgearbeiteter Entwurf unterbreitet wurde. Die Konferenz wählte eine Kommission von Vertretern der verschiedenen Gewerkschaften, diese arbeitete bestimmte Grundlinien aus und wandte sich petitionierend an den Reichstag. Nachdem der Reichstanzler sich wohlwollend zu den Anregungen geäußert hatte, hat sich dann später der Reichstag im wesentlichen im Sinne der Petition ausgesprochen. Damit ist vorerhand noch nichts weiter erreicht, als die Feststellung der Tatsache, daß der Reichstag momentan über die Notwendigkeit der Regelung der Frage einig ist. Ob diese Einigung erzielt wurde unter dem Eindruck der Petition der Gewerkschaften oder durch die Versicherung des Staatssekretärs Delforück, daß er diese Materie während des Krieges kaum im Sinne der Petenten regeln könne, bleibe dahingestellt. Anfangs Mai fand dann im Reichstagsgebäude eine Konferenz aller beteiligten Arbeitsnachweise mit dem Staatssekretär statt, in der die Grundzüge festgelegt wurden, unter denen Regierung und Bundesrat die Maßnahmen durchführen wollen. Die Grundzüge lauten lebhaft das aus, was der Staatssekretär im Reichstag gesagt hat. Also auch hier machen wir die Erfahrung, die wir schon in Friedenszeiten gemacht haben, daß in bezug auf Sozialpolitik die Parole des Krähwinkel Landstürms gilt, immer langsam voran! (Heiterkeit und Sehr gut!) Die Unternehmer befürchten eine Stärkung der Arbeiter durch Schaffung paritätischer Arbeitsnachweise. Das zeigt sich besonders auf dem Gebiete der sogenannten Arbeitsgemeinschaften, der paritätisch zusammengesetzten Kriegsausgänge, deren Zahl allerdings in der Metallindustrie äußerst gering ist. Immerhin scheinen die Erfahrungen, die man mit dem Kriegsausgang in Bielefeld und auch in anderen Orten gemacht hat, keine allzu schlechten zu sein. Die Unternehmer haben allerdings, wie aus ihrem Organ hervorgeht, bange Sorge vor der gesetzlichen Anerkennung sozialer Gleichberechtigung der Arbeiter mit den Unternehmern, die die Voraussetzung für wirklich funktionierende Arbeitskammern bildet. Das vertrauliche Rundschreiben der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände an ihre Mitglieder vom 26. April läßt klar erkennen, wohin die Reise gehen soll und wie wenig die Unternehmer aus der Katastrophe des Krieges gelernt haben. Die Notwendigkeit von Arbeitsgemeinschaften zu Zeiten des Krieges haben die bisherigen Erfahrungen vollkommen bewiesen. Ich habe schon eingangs angeführt, es wäre doch zweifellos kein Fehler gewesen, wenn die verschiedenen Gewerkschaften in den verschiedenen Bezirken und Industriezweigen die Regierung hätten mit beraten können bei den Fragen der Beschlagnahme von Rohstoffen bei der Lebensmittelfürsorge, wenn die Gewerkschaften zu Worte gekommen wären bei den Maßnahmen bei der Verteilung der unbedingt notwendigen Bedarfsartikel, wenn die Gewerkschaften der Regierung Winke hätte geben können über die Vergütung von Kriegsarbeitern. (Sehr gut!) Es sind aber noch andere Fragen in der Gegenwart, in denen diese gemeinsamen Ausschüsse sehr gut als Beratungsstellen für die Regierung hätten dienen können. Man spricht so viel von Mangel an qualifizierten Arbeitern und sucht diesem Mangel durch allerlei Maßnahmen zu begegnen. Gewiß ist es eine Aufgabe der Kriegsausgänge, auch die Arbeits- und Lohnverhältnisse zu über- wachen. Wir beanspruchen für uns das Recht, gerade bei Regelung dieser Verhältnisse mitzuwirken und wenn die Arbeiter-Zeitung, wenn die Unternehmerorganisationen in dieser Beziehung Bestrebungen haben, so sind diese Bestrebungen gerechtfertigt, aber das hindert uns nicht, das auszusprechen, was sein muß. Was haben wir gesehen? Es werden Kriegsgefangene beschäftigt in Industrien, wo Mangel an Arbeitern ist. Ich habe nichts dagegen: Nach den Bestimmungen, die für Kriegsgefangene gelten, werden sie nicht als Lohnbrüder verwendet werden können. Aber die Beschäftigung von Kriegsgefangenen zeitigt eine andere Gefahr, die auch nicht zu unterschätzen ist und die auch wieder als Ausgangspunkt sozialer Fürsorge zu betrachten ist: Die Kriegsgefangenen dürfen nur bei Tage beschäftigt werden. Daraus ergibt sich von selbst, daß die eigentlichen Industriebeschäftigten mehr zu den Nachschichtigen gedrängt werden. Die Regelung der Nachtarbeitsbezahlung, die Intensität der Nacharbeit heute u. i. m., das sind doch alles Fragen, die nicht nur die betreffenden Arbeiter, sondern das Volksganze betreffen und schon deswegen müßten die Vertreter der Arbeiter, die Gewerkschaften, in diesen Kriegsausgängen vertreten sein. Die Unternehmer beschäftigen aber auch weibliche Arbeitskräfte und zu Bedingungen, die nicht gerechtfertigt sind. Es ist kein unbilliges Verlangen: für gleiche Leistungen gleiche Bezahlung! Auszuführen, wie das im einzelnen geregelt werden kann, würde zu weit führen. Ein Hinweis muß genügen: Glaubt man, daß die weibliche Arbeitskraft nicht dasselbe leistet wie die männliche und glaubt man ihr deswegen einen geringeren Stundenlohn geben zu können, so will ich dem nicht widersprechen. Aber eine boblenlose Ungerechtfertigkeit ist es, wenn man bei der Akkordarbeit geringere Löhne zahlt. Die Akkordarbeit ist trotz aller üblen An- hängsel, die sie hat, immer noch der Gradmesser der Arbeitsleistung und deshalb ist es ein Unrecht, weibliche Arbeitskräfte hier schlechter zu bezahlen. Man muß ihnen dieselben Akkordpreise bewilligen. Ist die Frau weniger leistungsfähig wie der Mann, dann wird sie eben weniger verdienen; in dem Akkordverdienst wird die Arbeitsleistung der weiblichen Arbeitskraft zum Ausdruck kommen. Verdient sie mehr, soll sie es haben. Nach dem alten Grundfah, der schon in der Bibel aufgeführt ist und den eine christliche Nation wie die deutsche also achten sollte: „Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert“ müßte man jeder weiblichen Arbeitskraft den verdienten Lohn auszahlen. Dadurch, daß man den weiblichen Arbeitskräften geringere Akkordpreise zahlt, zwingt man sie, noch angestrengter zu arbeiten als die männlichen, wenn sie einen einigermaßen annehmbaren Verdienst haben wollen. (Sehr richtig!) Auch das ist eine Frage, die nicht nur die Arbeiter, sondern die Gesamtheit des Volkes angeht. Man redet ja jetzt so viel von den Müttern, die das künftige Geschlecht gebären und heranziehen sollen. Ja, haben wir nicht, hat nicht das gesamte Volk das größte Interesse daran, daß diese Mütter gesund erhalten bleiben. Die meisten Krieger stellt doch das arbeitende Volk und schon aus diesem rein militärischen Gesichtspunkt — der für uns selbstverständlich nicht in Betracht kommt — müßte hier die soziale Fürsorge eingreifen.

Weißt man aber den Kriegsgemeinschaften, den Arbeitsgemein- schaften, diese Aufgabe zu, dann ist es selbstverständlich, daß alle die Gefahren, die daraus entstehen, daß die weiblichen Arbeitskräfte später zu Lohnbrüdern werden, beseitigt sind. Ich will die Gefahren nicht übersehen. Ich bin der Meinung, daß das Unternehmertum auch in Friedenszeiten versucht, sich eine billige Arbeitskraft zu beschaffen, und daß es eigentlich nur verhältnismäßig wenig Verze- re und Arbeiten gibt, wo die zufällig durch den Krieg notwendig ge- wordenen Beschäftigung der Frauen die Unternehmer auf diesen Weg führt. Sie haben im allgemeinen das Bestreben, ihre Arbeitsprodukte möglichst billig herzustellen; sie haben dies Bestreben im Frieden, und darum sage ich, ist die Gefahr, die als unendlich groß bezeichnet ist, doch nicht viel größer als im Frieden. (Sehr wahr!)

Was auf die weiblichen Arbeitskräfte zutrifft, das trifft auch auf die jugendlichen zu, und das trifft auch auf die Frage, die jetzt als eine nur durch den Krieg aufgeworfene soziale Frage uns beschäftigt, auf die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten. Man beschäftigt sich damit, die Kriegsbeschädigten in der Industrie unter- zubringen und wieder dem Erwerbsebenen zuzuführen. Der Kriegs- beschädigte bedarf der Beratung durch uns. Es ist ein Unrecht, die Beratung der Arbeiter auszuschalten, ehe der Kriegsbeschädigte in den Krieg hineinkommt. Aber auch spielen die Arbeitsverhältnisse eine Rolle. Man spricht ja heute so viel davon, daß man dafür sorgen muß, daß den Kriegsbeschädigten eine Lebensfreude wird, daß die Lebensfreude, ich möchte sagen, aus der Arbeitsfreude geboren wird, die ihn auch nicht auf trübe Gedanken kommen, die ihn nicht fühlen läßt, daß er der Mitarbeiter nachsteht. Man spricht davon, daß man den Kriegsbeschädigten die Wohltaten der sozialen Gesetz- gebung voll und ganz erhalten will, daß man ihm nicht wie den Ver- letzten in der Industrie seine Rechte kürzen, sondern daß man ihm die Vergüte lassen will als Ehrensold auch dann, wenn er durch die Gewöhnung an den Gebrauch eines versümmelten Gliedes zu größerer

Leistungsfähigkeit gelangt. Das glaube ich, daß man das heute will; ich glaube auch gern, daß große Kreise der Industrie einen Teil ihrer Arbeiter, die verstimmt sind, wieder aufnehmen werden. Ich weiß auch nicht daran, daß es unter den Industriellen sozial empfindende Leute gibt, die alle ihre Arbeiter auch dann, wenn sie keine geeignete Arbeit haben, wieder aufnehmen. Aber was ich schon einleitend gesagt habe, bleibe bestehen. Unter dem gewaltigen Eindruck dieses Ereignisses geschieht das. Eine große menschliche Schwäche, von der sich keiner so leicht befreien kann, ist die Unab- barkeit, eine große menschliche Schwäche, von der sich auch keiner befreien kann, ist die Vergesslichkeit. Das wird eintreten und wird um so leichter eintreten, je mehr von dem Erfolg, von dem Nachwuchs da ist. Die Gebrechen der Sozialisten werden ihm zum Nachteil werden bei der Vertretung seiner eigenen Interessen. Wenn zum Beispiel eine Lohnlücke im Betriebe auftritt, dann werden die Unternehmer es als selbstverständlich betrachten, daß die Sozialisten zu ihren sogenannten Lebenslänglichen gehören, die im Betriebe bleiben (Sehr richtig!), und sie werden es ebenfalls als selbstverständ- lich betrachten, daß diese Sozialisten, wenn sie hinausgegangen sind, auch draußen bleiben. Gerade deshalb ist es erforderlich, daß eine Vertretung da ist, an die die Unternehmer nicht heran können, die sie nicht maßregeln, die sie nicht schikanieren können, und diese Ver- treter bilden die Arbeiterbeisitzer in den heutigen Kriegsausgängen, in der Arbeitsgemeinschaft. Auch hier hat der Staat, hier hat das ganze Volk ein Interesse daran, daß allen diesen Unterstützungen nicht nur der Charakter der landläufigen Armenpflege, sondern auch der Charakter der Wohltat überhaupt genommen wird und daß an seine Stelle das Recht tritt. (Lebhafte Zustimmung.) Es sind ja nun auch unersetzlich Bemühungen gemacht worden, um die Unter- nehmerverbände in der Metallindustrie zu einem derartigen Vorgehen zu bestimmen. Wir glaubten uns dazu berechtigt auf Grund der Erfahrungen, die gerade hier in Berlin gemacht wurden über den Kriegsausgang. Die Erfahrungen müßten doch gar keine schlechten gewesen sein, wenn der Kriegsausgang übergeht, auch die Kriegsbeschädigtenfürsorge für die Metallindustrie Groß- Berlins in die Hand zu nehmen. Gerade diese Entschliebung des Kriegsausganges bestärkt unsere Auffassung von der Notwendigkeit, daß Arbeiter in diesen Stellen vertreten sein müssen, von der Not-wendigkeit aber auch, daß möglichst diese Stellen beruht oder wenigstens nach Industriellen zusammengefaßt sein müssen. Ich erkenne unumwunden das gemachte Zugeständnis an, daß man zu dem sogenannten Ortsausgängen die Arbeiter heranzieht. Aber mir geht dies Zugeständnis nicht weit genug. (Sehr richtig!) Es ist etwas anderes, wenn ein Kriegsbeschädigter zu seinem Vertrauensmann spricht, als wenn er zu einer Dame vom roten Kreuz spricht, mag sie auch ein noch so großes und jarfühlendes Herz haben. Es ist Pflicht der Regierung, in dieser Richtung zu wirken, und ich bedaure es lebhaft, daß sie sich nicht dazu entschlossen hat. (Lebhafte Zustimmung.) Wir verlangen nicht einmal, daß die Regierung nur auf die Wünsche der Arbeiter hört. Aber eine dem Gemeinwohl dienende Regierung muß sich bei beiden Parteien vergewissern und sowohl die Wünsche und Forderungen der Unternehmer wie der Arbeiter entgegen- nehmen. Der beste Versuch dazu ist dann die Tat. Der Krieg muß ja auch einmal ein Ende nehmen und man sollte daher wenigstens für die Zeit des Krieges allen Unternehmern und Arbeitern die Möglichkeit des Zusammenarbeitens geben. Auf den verschiedensten Gebieten findet ja dieses Zusammenarbeiten schon statt und wirklich nicht zum Nachteil des Unternehmertums oder der Industrie. Ich vermisse bei der Regierung überhaupt den guten Willen, in dieser Richtung etwas zu tun. Sie ist nicht bereit, auf dem Wege zur Anerkennung der sozialen Gleichberechtigung einen Schritt weiter zu tun. Jetzt herrscht ja infolge der zahlreichen Einberufungen eher ein Arbeitermangel als ein Ueberfluß an Kräften. Aber früher, als genügend Arbeiter da waren, ja, als ausländische Arbeiter aus anderen Ländern herbeigekehrt werden mußten, da hätte sich ein Zu- sammenarbeiten zwischen den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und den gewerkschaftlich organisierten Unternehmern als sehr nützlich erwiesen. (Sehr richtig!) Die große Zahl der täglich wachsenden Beschwerden, die Einseitigkeit, die vielen militärischen Erlässen an- hängt, sollte endlich dazu führen, derartige Einrichtungen zu treffen. Wie schwer es ist, auf diesem Gebiete vorwärtszukommen, haben wir selbst in Berlin sehen müssen, wo wir einem immerhin etwas fort- geschrittenen Unternehmertum gegenübersehen. Ehe wir selbst in Berlin zu einem Kriegsausgang kamen, bedurfte es einer Maß- nahme der Feldzeugmeisterei, deren Anwendung durch die Unter- nehmer Erbitterung in der Reihen der Arbeiter trug. Erst mußten also die Arbeiter unter einem solchen Erlass leiden, bis die Parteien zusammenkamen. Sie sehen, daß die Arbeiter wirklich keine Ursache haben, in das Lob einzufahren, daß der Krieg das soziale Ein- pfinden in die weitesten Kreise getragen und das soziale Verständnis vertieft hätte. (Sehr richtig!) Noch weniger Ursache haben die Ar- beiter, zu behaupten, daß soziales Denken vorhanden wäre. Wir sehen aus allen Maßnahmen der Regierung, welche Widerstände haben überwinden werden müssen. Diese Widerstände machen es allen, die sehen wollen, erklärlich, daß während des Krieges an sozialen Aufgaben für die Daheimgebliebenen nicht mehr erfüllt worden ist, als was draußen in Feindesland geschah. Wird man einem Gouverneur, einem Stappenfürher, deshalb soziales Empfinden nachrühmen, weil, wie es in Belgien und in Longwy bei Eröffnung der Betriebe geschah, den heimischen Arbeitern eine bedeutende Lohnerhöhung zugesichert wurde? Es ist das nichts anderes, als wenn hier in der Heimat die Behörden dafür sorgen, daß die Arbeiter an- gemessen bezahlt werden. Alle diese soziale Fürsorge an den Daheim- gebliebenen ist nichts anderes, als was die Truppenführer draußen in den eroberten und zerstörten Gebieten an Maßnahmen zur Durchführung des Krieges treffen. Ich weiß von Angestellten in den Rankjelen der Stappengebiete, daß in Gegenden, in denen große Volksmassen erwerbslos geworden waren, die Truppenführer die Wohlhabenden der betreffenden Gemeinden zu sich kommen ließen und ihnen die Sorge für die Erwerbslosen übertrugen. Da macht man wenig Federlesen. Bei Longwy hatten sich ein paar Wohlhabende geweiht. Sie wurden kurzzeitig abgeführt und eingeliefert. Später erklärten sie sich bereit, und wurden unter militärischer Bedeckung nach Luxemburg gebracht, wo sie die geforderte Summe von her- rant abgaben. Aber das alles ist doch kein soziales Empfinden! Der Truppenführer kann eben keine Schwierigkeiten in Feindesland gebrauchen und nur im Interesse der Durchführung des Krieges wird der hungervollen Bevölkerung geholfen und werden die Arbeiter besser bezahlt. Und wenn man nun auch den Daheimgebliebenen gleiche Wohltaten zuwendet, so geschieht auch das nur im Inter- esse der Kriegführung. Man weiß, daß daheim die Volkskraft entspringt, aus der nun doch einmal die zum Schlagen der Schlachten un- bedingt notwendige Entschlossenheit geschöpft wird. Diese Ent- schlossenheit wird gemindert, wenn man die Daheimgebliebenen in Not und Elend läßt. Wir haben also gar keine Veranlassung, so viel Mühe zu machen von sozialen Wohltaten. Das sind nur Selbstverständlichkeiten und es ist schon bezeichnend als Gradmesser sozialen Empfindens, wenn solche Selbstverständlichkeiten erst nach harten Kämpfen durchgeführt werden.

Ich glaube mit diesen Hinweisen die Schwierigkeiten genügend beleuchtet zu haben, daß wir nach wie vor um jeden kleinen Fort- schritt auf sozialem Gebiet kämpfen müssen, daß wir nicht rufen und rufen dürfen. (Sehr richtig!) Ich möchte aber auch nicht unerwähnt lassen, daß wir auch dazu beitragen müssen, dafür zu sorgen, daß in unsere Reihen noch mehr soziales Verständnis einzieht. (Sehr gut!) Es dürfen Dinge nicht vorkommen, wie sie vorgekommen sind, daß bei Einführung der Arbeitslosenunterstützung in den Gemeinden unsere eigenen Vertreter untätig bleiben, daß sie nicht die Initiative ergreifen oder gar so handeln, wie es ein Vertreter in Mühlhausen getan. Ich will durch meine Ausführungen dazu beitragen, daß wir uns dieser Aufgabe mehr annehmen als bisher, das können wir in erster Linie durch Aufklärung unserer Mitarbeiter, durch Aufklärung unserer Vertreter, sowohl der gewerkschaftlichen wie der politischen, durch Anregungen, die wir geben und dadurch, daß wir uns mit derartigen Fragen beschäftigen. (Sehr richtig!)

Was nun die nächsten sozialen Aufgaben in der Richtung be- trifft, so möchte ich nur noch kurz die Arbeitsvermittlung, die Arbeits- losenunterstützung und dann die gemeinsamen Ausschüsse anführen. Arbeitslosenunterstützung reichsgesetzlich geregelt nach dem Center System. Es liegt gar kein Grund vor, die Gewerkschaften nicht zu

Trägern der Arbeiterversicherung zu machen. Wir haben das doch in anderen Staaten. Die skandinavischen Staaten Dänemark und Norwegen haben die Arbeitslosenunterstützung mit Staats- und Gemeindegeldern einheitlich durch Gesetz geregelt. Man wird sagen, das hat einen Haken; wenn die Gewerkschaften Zuschüsse vom Reich, vom Staat oder von den Gemeinden bekommen, dann werden sie wahrscheinlich in ihrer Bewegungsfreiheit gehemmt, die Arbeitslosenunterstützung wird uns zur Fessel werden. Ich kann Sie darüber auf Grund der Erfahrungen der skandinavischen Länder beruhigen. Dort haben die Organisationen dieselben Einwendungen erhoben, und gerade unsere dänischen Kollegen waren es, die sich ganz energisch in erster Zeit dagegen wandten, die diese Unterstützung nicht annehmen wollten, weil sie sich nicht der Kontrolle unterwerfen wollten, weil sie in der Bestimmung, daß sie auch Nichtmitglieder unterstützen müßten, eine Gefahr witterten. Die Verhältnisse haben etwas anderes gelehrt, die Zahl der Nichtorganisierten ist dadurch bedeutend zurückgegangen, der Einfluß der Gewerkschaften ist bedeutend größer geworden. Auch das Bedenken gegen die staatliche und gemeindliche Kontrolle ist hinsichtlich der Gewerkschaften hat sie sogar viel genutzt. Ich kenne Gewerkschaften, die durch die besondere Arbeitslosenversicherungskasse erst zu freigestellten Beamten gekommen sind und nur eine Stimme gibt es in den Gewerkschaften darüber, daß die Einrichtung sich durchaus bewährt hat. Unser Freund Hansen sagte einmal auf einer Generalversammlung des dänischen Schmiede- und Maschinenbauerverbandes: „Wir haben erst Sorge gehabt, daß die Arbeitslosenversicherungskasse uns schaden könnte in gewerkschaftlichen Kämpfen; ich kann heute mit Genugtuung feststellen, daß unsere Bedenken ungerechtfertigt waren, im Gegenteil, dadurch haben wir einen Teil unseres Geldes, das wir den Arbeitslosen zumenden, wieder bekommen, haben wir mehr Munition zum Kämpfen gehabt.“ Wir kennen doch unsere Kollegen aus Dänemark schon lange genug, um beurteilen zu können, daß sie keine Prahlhänse und keine Ausschneider sind. Derartige Erfahrungen beweisen, daß unsere Bedenken ungerechtfertigt sind, denn letzten Endes sind doch immer wir und immer wir es, die unser Glück schmieden und letzten Endes sind auch wir es immer wieder, die den Dingen durch unseren Einfluß Gestalt zu geben versuchen müssen und häufig genug Gestalt geben. (Sehr richtig!) Also ich sage, Arbeitslosenunterstützung nach dem Center System zu verlangen, ist eine unserer ersten Aufgaben und wir müssen darauf bestehen bleiben, daß diese Aufgabe noch während des Krieges gelöst wird. (Sehr richtig!) Mit der Arbeitslosenunterstützung hängt zusammen die Regelung des Arbeitsmarktes und in bezug hierauf stellen wir uns auf den Boden der Grundförmigkeit, die der Reichstag in seiner letzten Tagung dem Bundesrat überwiesen hat. Wir bestehen auf die paritätische Verwaltung der Arbeitsnachweise, auf die Einrichtung von Arbeitsämtern als Aufsichtsstellen für alle Arbeitsnachweise, auf Einsetzung eines zentralen Arbeitsnachweises als Zentralpunkt für die Arbeitsämter, wir bestehen auch darauf, daß zur Arbeitsvermittlung paritätische Sachverständigenkommissionen eingesetzt werden. In bezug auf die Kriegsausfälle bestehen wir darauf, daß von den Regierungen der Versuch gemacht wird, die Interessengruppen zusammenzufassen und sie zur gemeinsamen Arbeit zu veranlassen. (Bravo!)

Ich lege keine Resolution vor, ich bin kein Freund von Resolutionen, ich bin für die Tat. In diesem Sinne, sage ich, muß jeder seine Kraft dafür einsetzen, daß unsere Forderungen verwirklicht werden. Das Verständnis dafür in die Massen zu tragen, ist unsere erste Pflicht, und wenn wir das Verständnis in die Massen getragen haben, dann wird es uns auch bedeutend leichter werden, das Rad ins Rollen zu bringen, dafür zu sorgen, daß wir die soziale Gleichberechtigung erhalten, die uns nicht auf dem Präventivkeller entgegengedrückt wird, sondern die wir uns erkämpfen müssen. (Sehr gut!) Dann werden wir erreichen, daß diese Gleichberechtigung auf sozialer und wirtschaftlichem Gebiete nicht mehr in nebelhafter Ferne vor uns schwebt wie jetzt. Dieses Ziel zu erkämpfen suchen, ist des Schwepes der Welen wert. (Stürmischer Beifall und Handklatschen.)

Leopold (Riel) beantragt, um die Wirkung des Referats nicht abzuschwächen, von einer Debatte Abstand zu nehmen. Stüber (Eßlingen) bittet um Ablehnung dieses Antrages. Der Antrag Leopold wird angenommen. Im Anschluß an den Vortrag von Schlicke wird einstimmig und ohne Debatte folgende Resolution Stüber (Eßlingen) angenommen:

Nach der Beendigung des Krieges werden voraussichtlich viele Kriegsteilnehmer unter einer langen und schweren Arbeitslosigkeit zu leiden haben. Diesen eine ausreichende Unterstützung zu sichern, betrachten die 12. ordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes als eine Pflicht und als einen Akt der Dankbarkeit und Anerkennung.

Die Generalversammlung erwartet von den Gemeinden Deutschlands, die während des Krieges die Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben, daß sie diese Einrichtung solange beibehalten, bis an ihrer Stelle eine Arbeitslosenversicherung auf reichsgesetzlicher Grundlage durchgeführt ist.

Die Generalversammlung fordert in den Gemeinden, die bisher Einrichtungen zur Unterstützung Arbeitsloser nicht getroffen haben, die baldigste Einführung dieser Maßnahmen.

Da nicht alle Gemeinden infolge der starken Inanspruchnahme ihrer Mittel in der Lage sind, die Kosten der Einrichtung aus eigenen Kräften zu bestreiten, fordert die Generalversammlung die Bereitstellung von Mitteln durch das Reich.

Weiter gelangt ein Zusatzantrag Müller (Gereisberg) zu dieser Resolution zur Annahme:

Aus anderen Quellen gewährte Unterstützungen dürfen auf die Arbeitslosenunterstützung aus staatlichen Mitteln nicht angerechnet werden.

Gleichzeitig debattelos und einstimmig wird ein Antrag Evers (Berlin) angenommen:

Die Generalversammlung fordert vom Bundesrat, daß die gesetzlichen Schenkbestimmungen für Frauen und jugendliche Arbeiter wieder in Kraft gesetzt werden.

Auf Antrag von Leopold (Riel) wird ferner einstimmig beschlossen, den Vortrag von Schlicke in Broschürenform herauszugeben und möglichst bald den Mitgliedern zugänglich zu machen.

Hierauf wird auf Antrag der Rechnungs-Kommission dem Ausschuß Entlastung erteilt und ihm wie auf früheren Generalversammlungen für die zurückliegenden zwei Jahre eine Entschädigung von 500 M des Jahr gewährt.

Auf Antrag von Schlicke beschließt die Generalversammlung weiter, den nächsten internationalen Metallarbeiter-Kongress durch 10 Delegierte zu besenden. Die Wahl wird auf Sonnabend angesetzt. Außer den 10 Delegierten sollen je ein Vertreter des Ausschusses und ein Vertreter der Redaktion neben der Vertretung des Verbandes an dem Kongress teilnehmen.

Als Tagungsort für die nächste Generalversammlung wird Köln bestimmt.

Die weiteren Verhandlungen werden auf Sonnabend verlegt.

Schüler-Verhandlung.

Sonnabend den 3. Juli, vormittags 8 Uhr.

Am letzten Verhandlungstage erklärte zunächst die Generalversammlung den Antrag Braunschweig betreffend Aufhebung von Kriegsdienstleistungen in der Arbeiterbewegung für erledigt durch eine Erklärung von Schlicke, daß sich die Gewerkschaften selbstverständlich für verpflichtet halten, den Kriegsdienstleistungen nach Möglichkeit Arbeit zu verschaffen. Man werde dahin wirken müssen, daß der Zugang zu den Stellen, namentlich in der Volksernährung und in den Gewerkschaften, abweichend von der bisherigen Praxis, allen Gewerkschaften offenbleibe.

Hierauf nahm die Generalversammlung den Bericht der Staatsüberwachungskommission entgegen.

Der Antrag Bremen an 65. daß Mitglieder, die nur drei Tage arbeiten, von Beiträgen befreit sind, sowie ein ähnlicher Antrag aus Schwaberg, werden abgelehnt.

Entschieden der Beschlüssen der Kommission erhalten die Abträge 1, 2 und 4 des § 6 folgende Fassung:

Abf. 1: Die für die Verbandszwecke erforderlichen Mittel werden durch wöchentliche Beiträge aufgebracht. Dieselben betragen:

- Klasse I: Für männliche Mitglieder mit einem Wocheneinkommen von mehr als 24 M. 70
 - II: Mit einem Wocheneinkommen bis 24 M. 50
 - III: Für weibliche Mitglieder 30
- Gleichfalls 30 M für solche männliche Mitglieder, die in einem Lehrverhältnis stehen, während der Dauer der Lehrzeit sowie in keinem Lehrverhältnis stehenden jugendlichen Arbeiter bis zum vollendeten 18. Lebensjahr.

Der Eintritt von männlichen Mitgliedern der Klasse I in Klasse II kann nur dann erfolgen, wenn dauernder Winderwerb des Mitgliedes dies rechtfertigt. Für diese Mitglieder treten die Unterstützungssätze für Klasse II sofort in Kraft.

Abf. 2: Den männlichen Mitgliedern der Klasse II steht es jederzeit frei, in die I. Klasse überzutreten. Jedoch muß dieser Eintritt vor dem vollendeten 50. Lebensjahr geschehen. Solche in eine höhere Klasse übertretenden Mitglieder beziehen in den ersten 52 Wochen ihrer Zugehörigkeit zur höheren Klasse die Unterstützungssätze, die sie sich in der bisherigen Klasse erworben haben oder in Anrechnung können. Dasselbe gilt von den männlichen Mitgliedern, die von Klasse III in Klasse II übertreten. In die Klasse II können auch weibliche Mitglieder ein- oder übertreten. Die Entscheidung über den Ein- oder Übertritt weiblicher Mitglieder in Klasse II fällt die zuständige Ortsverwaltung.

Abf. 4: Mitglieder, welche durch ihren körperlichen oder geistigen Zustand nur teilweise in ihrer Erwerbsfähigkeit beschränkt sind (Halbinvalide), können in die Beitragsklasse für weibliche und jugendliche Mitglieder eingereiht werden. Ihre Einreihung erfolgt auf Antrag des Mitgliedes oder der Ortsverwaltung oder des Vorstandes durch Beschluß. Vor Herbeiführung eines Beschlusses ist dem Mitglied Gelegenheit zur Gegenäußerung zu geben.

Abgelehnt wurde ein hierzu gestellter Antrag Haas (Köln): Mitglieder mit einem Wocheneinkommen von 24 bis 30 M können auf besonderen Antrag hin ebenfalls in die 50-M-Klasse versetzt werden.

Der Antrag ist an die Ortsverwaltung zu richten und entscheidet diese im Einverständnis mit der Bezirksleitung darüber: Unter denselben Umständen können auch Aufnahmen zu der 50-M-Klasse zugelassen werden.

In § 8 erhalten die Absätze 1, 8 und 10 folgende Fassung: § 8: Die beiden Mitglieder durch Aussperrung, Maßregelung, arbeitslos, so kann ihnen mit Genehmigung des Vorstandes, ohne Rücksicht auf die Dauer ihrer Mitgliedschaft Reisegeld- oder Umzugsunterstützung gewährt werden. Das Reisegeld beträgt 37 M aufeinanderfolgenden Wochen.

Klasse I, für 60 Tage, den Tag: 1,25 M
II, = 45 = 1,25 =
III, = 30 = 1,25 =

Abf. 8: Mitglieder, die einen eigenen Hausstand führen, erhalten bei Veränderung ihres Wohnortes infolge Arbeitswechsel innerhalb des Zollgebietes des Deutschen Reiches einen Beitrag zu den Überbedelungskosten. (Die Höhe dieser Unterstützung wird entsprechend dem Vorschlag der Staffello-Kommission festgelegt.)

Abf. 10: Erfolgt der Aufenthaltswechsel auf Veranlassung oder im ausschließlichen Interesse eines Dritten, und trägt dieser die Gesamtkosten, so erlischt der Anspruch auf Reisegeld oder auf den Beitrag zu den Überbedelungskosten. Erfolgt die Rückzahlung der Kosten durch den Dritten, so ist das Mitglied zur Rückzahlung verpflichtet.

In § 9 werden die Absätze 1, 2 und 3 wie folgt gefaßt: Abf. 1: Die Erwerbslosenunterstützung wird in 72 aufeinanderfolgenden Wochen für höchstens 120 Tage gewährt und beträgt im Falle von Arbeitslosigkeit im Falle von Krankheit (Die Höhe der Sätze entspricht der Vorlage der Staffello-Kommission.)

Abf. 2: In eine höhere Beitragsklasse übergetretene Mitglieder beziehen in den ersten 52 Wochen ihrer Zugehörigkeit zur höheren Klasse die Unterstützungssätze, die sie sich in der bisherigen Klasse erworben haben oder in Anrechnung können.

Nach 52wöchentlicher Zugehörigkeit zur höheren Beitragsklasse kommt für die Berechnung der Unterstützungssätze die Mitgliedschaftsdauer in Betracht, die sich nach Umrechnung der bisher geleisteten Beiträge ergibt.

Abf. 3: Rückt ein Mitglied derselben Beitragsklasse in eine höhere Unterstufungslaufe auf, so kann es den in dieser höheren Stufe geltenden Unterstufungsbeitrag nur für soviel Tage erheben, als ihm noch an der scheidungsgemäßen 120tägigen Bezugszeit fehlen.

Jugendliche männliche Mitglieder, die nach Beendigung ihrer Lehrzeit oder nach Vollendung des 18. Lebensjahres zur Leistung sind, können die für diese geltenden höheren Unterstufungssätze erst nach 52 Wochen, für die sie den höheren Beitrag bezahlt haben, erhalten; sie rücken aber dann in die Jahressumme ein, die ihrer Gesamtmitgliedschaftsdauer entspricht. Dasselbe gilt für halbinvalide und invalide Mitglieder, wenn diese in die höhere Beitragsklasse zurückkehren.

Abf. 9 des § 11 erhält folgende Fassung: Mitglieder, denen der Bezug des Krankengeldes durch Statut von Krankentafeln bei Doppelversicherungen gestört wird, erhalten aus der Verbandskasse nur für soviel Unterstufungstage ausbezahlt, bis die Höhe des im Statut der Krankentafel festgelegten Krankengeldbezugs erreicht ist.

In § 15 Abs. 1 wurde ein Zusatz beschlossen, wonach die Gewerkschaftenunterstützung beträgt für männliche Mitglieder, die für den Unterhalt ihrer Familie sorgen, in der

- Klasse I 14,- M
 - II 10,50 =
- pro Woche für ledige männliche Mitglieder in der
- Klasse I 12,- =
 - II 9,- =

pro Woche, für weibliche und jugendliche männliche Mitglieder der 30-M-Klasse 7,- M

Die gleichen Sätze wurden festgesetzt in § 16 für die Unterstützung bei Arbeitsniederlegungen und Ausperrungen.

Weiter wurde hierzu beschlossen: In außergewöhnlichen Fällen bei unabweislichen Abwehrkreisen und Ausperrungen ist der Vorstand berechtigt, Unterstützung auch an solche Mitglieder zu gewähren, die nur 13 Wochen dem Verband angehören und 13 Wochenbeiträge geleistet haben. Sie beträgt in

- Klasse I: für Beherausete 10,- M
- = Ledige 8,- =
- Klasse II: = Beherausete 7,20 =
- = Ledige 6,- =
- Klasse III: 5,- =

Der Antrag Leipzig auf Einsetzung einer Prekommission wurde von der Einheitsberatsungskommission zur Ablehnung empfohlen und von den Antragstellern mit Rücksicht darauf zurückgezogen, daß Reichel als Vertreter des Vorstandes in der Kommission erklärt hatte, daß auch der Vorstand die Einsetzung in innere Parteizugehörigkeiten nicht wünschte.

Abgelehnt wurde ein weiterer Antrag Leipzig, wonach der Beitrag für zusammengehörige soll aus den bestehenden Mitgliedern des Verbandes, dem Sekretär, dem Kassier, dem Schriftführer, einem Beauftragten der 1. Belegschaft sowie je einem besonders gewählten Vertreter eines jeden Bezirks. Einmal des Vorstandes wurde die Entscheidung abgegeben, daß er wie bisher, so auch in Zukunft in besonderen Fällen Vertreter der für eine Bewegung in Betracht kommenden Bezüge zu den Verhandlungen hinzuziehen werde.

§ 33 Abs. 6 erhielt folgende Fassung: Für die Entschädigung der Ortsverwaltung und sonstige öffentliche Zwecke stehen den Ortsverwaltungen von Beiträgen für Klasse I 12 M, Klasse II 10 M, Klasse III 8 M zur Verfügung = f. v.

Ferner wurde abgelehnt der Antrag Leipzig, der in § 38 Abs. 11 das Wort „jedwede“ freizugeben will. (Die Lesung des Antrages ist darauf gerichtet, daß es den Verwaltungsstellen gestattet sein

soll, bei Abwehrbewegungen, die der Vorstand nicht genehmigt hat, aus eigenen Mitteln Unterstützung zu zahlen.)

Die Generalversammlung beschloß, daß das neue Statut zusammen mit den Staffelleitern in Kraft treten solle. Als Delegierte zum internationalen Metallarbeiter-Kongress in Wien wurden gewählt: Cohen (Berlin), Senorina (Potsdam), Brandes (Magdeburg), Ehler (Frankfurt a. M.), Schwabe (Tresden), Spiegel (Düsseldorf), Haas (Köln), Matthes (Jena), Kästner (Hamburg) und Koch (Hamburg).

Die Vorstandswahl hatte das Ergebnis, daß Schlicke, Reichel, Werner wiedergewählt wurden. An Stelle des verstorbenen Sekretärs Massalfsch wurde Jernide (Berlin) in den Vorstand gewählt.

Auch die Nebatleure Scherm und Quist sowie die Ausschussvorsitzenden Weisig und Siegel wurden wiedergewählt. Sodann begünstigte Kurth (München) folgende Resolution, die einstimmig angenommen wurde:

Die 12. ordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes protestiert gegen die fortwauernde ausnahmsrechtliche Behandlung der Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in den Betrieben der Bayerischen Bezirksverwaltung.

Die von der Bayerischen Staatsregierung gegen die ausnahmsrechtliche Behandlung unserer Mitglieder in den Betrieben der Bezirksverwaltung vorgebrachten Gründe und Bedenken entbehren jeder sachlichen Grundlage. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband hat sich, als ein Glied der deutschen freien Gewerkschaften, eine große soziale und wirtschaftliche Notwendigkeit erwiesen. Die Arbeitslosen- und Kriegsunterstützung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hat wesentlich dazu beigetragen, die soziale Not zu lindern, während die Bayerische Staatsregierung trotz zahlreicher Anregungen praktisch verlagert hat.

Zur Erfüllung der sozialen Aufgaben unserer Zeit ist die vollste Gleichberechtigung aller Staatsbürger erforderlich. In Ansehung dieser Tatsachen fordert daher die Generalversammlung die Aufhebung des Referats.

Damit waren die Verhandlungen der Generalversammlung beendet.

In seinem Schlußwort hebt Schlicke es als erfreulichen Beschluß der Generalversammlung hervor, daß der Verbandstag erklärt habe: wir wollen nicht nur in unserem eigenen Vaterlande die Organisation aufrecht erhalten, sondern wollen als Mitglieder der internationalen Familie trotz der Stimmung, die jetzt unter den Völkern herrscht, mit gutem Beispiel vorangehen und uns bemühen, auch fernher zu den Vätern in der internationalen Familie zu gehören. Der Verbandstag habe Neuerungen bedeutender Art im Statut beschlossen, die Praxis wesentlichlich alle Bedenken gegen die neuen Beschlüsse beseitigen. Bedne dankt dem Lokalkomitee für die freundliche Aufnahme und die geleistete Arbeit sowie den Delegierten für ihre eifrige Mitarbeit, und besonders auch den Feldgrauen, die zu der Generalversammlung gekommen sind, und schließt mit folgenden Worten: Vor allem denke ich daran, die heute noch für uns im Felde stehen. (Bravo!)

Möge bald die Zeit kommen, daß sie zu uns zurückkehren! Möge bald der unselige Krieg beendet sein und die Friedensarbeit wieder andeuten, die uns allerdings wieder neue Kämpfe, neue Entschärdungen bringen wird. Schwere Zeiten haben wir durchgemacht, aber einzig sind wir in dem Wunsch, daß bald bessere Zeiten eintreten mögen. Die Generalversammlung ist sicher mit mir einig in dem Wunsch, daß wir in bezug auf unsere Organisation durchhalten wollen bis zum Ziele. (Beifälliger Beifall.)

Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Deutschen Metallarbeiter-Verband schließt die zwölfte ordentliche Generalversammlung.

Zum dritten Male diente der Saal des Berliner Gewerkschaftshauses den Abgeordneten unseres Verbandes als Ort erster Beratungen. Aber die Gründe, die uns veranlaßten, schon wieder die Gastfreundschaft der Berliner Kollegen in Anspruch zu nehmen, brauchen wir an dieser Stelle keine Worte mehr zu verlieren. Die Berliner Kollegen — und besonders das von ihnen eingesetzte Lokalkomitee — bemüht sich mit Erfolg, den Teilnehmern an der Generalversammlung den Aufenthalt in Berlin angenehm zu machen. Gleich am Sonntag den 27. Juni boten sie ihnen zum Willkommen ein schönes Konzert, an dem das Berliner Sinfonie-Orchester und die Philharmonische Chöre (Sängerchor Wedding und Männerchor Oden) wohlverdienten Beifall erwarben. Einen Wunsch für künftige Generalversammlungen möchten wir bei dieser Gelegenheit aussprechen. Wir sind gewiß dafür, daß den Teilnehmern an unseren Generalversammlungen nur gute Unterhaltungen geboten werden, für den Begrüßungsabend aber wäre es wohl angebracht, ihn etwas ungezwungener zu gestalten. Aus allen Gegenden Deutschlands strömen die Verbandsvertreter zusammen, jahrelang hat man sich nicht gesehen, man möchte sich auch untereinander begreifen und ein Wort miteinander wechseln. Auch ist es keinem übel zu nehmen, wenn er weniger musikalisch ist und sich aus einem guten Konzert nichts macht. Konzerte und andere Darbietungen, die die gespannte Aufmerksamkeit sämtlicher Anwesenden erfordern, verschiebe man lieber auf spätere Abende.

Über den Verlauf und die Beschlüsse der Generalversammlung werden wir noch einige Bemerkungen machen.

Wunderfame Kollegen.

Herren-Metallarbeiter in Frankreich.

Jenseits des Wasgenwaldes dienen sich jetzt Kapellmeister, Weiser von Lingelangehuden, Börsenjobber, Beschlagelenten, Großgrundbesitzer, Bourgeoisjöhndchen, Willenverschleißer, Notare, Advokaten, kurz die feinsten Patrioten zu Schmieden, Schlossern, Drehern und dergleichen empor.

Diese Metallarbeiterhüte in Blättchen und Lackshuhen sind zwar alle schon etwas herangewachsen, jedoch nicht über 48 Jahre alt, sonst aber gesund und stark wie ein Pajcha. Dem Stellungenwechsel sind sie durch die Wand entschieden abgeneigt; sie stehen fest zu ihrem Arbeitsplatz. Weder die garstige Bezeichnung „Drüdeberger“, noch der schönste Leitartikel Hervés über die Heiligkeit des Krieges für die französische Freiheit und Gleichheit vermag sie von der Werkstatt loszulösen. Auch zeigen sie viel demokratisches Wesen. Auf etwas Neigung für das Proletariat im abstrakten, fleischlosen Sinne wäre es ihnen vielleicht auch früher nicht angekommen, aber sicherlich hätten sie sich mit Zunge und Strahlen dagegen geäußert, mit Proletariaten von Fleisch und Blut in Verührung zu kommen. Man würde sie sich mit den wirklichen Fabrikproletariern zu befreunden, drücken ihren Werkstattkameraden dazwischen die Hand und lassen sich gar zu gern in vollem Werkstattdiensch in der französischen Dessenlichkeit sehen.

Die äußere wie die innere Umwandlung dieser Patrioten ist nicht unbedeutend. Ihre Anhänglichkeit an die schmierige Werkstat und solche Grundhaftigkeit zu gemöhnlichen Fabrikproleten kommen nicht von ungefähr. In der Tat! Ihre Ueberzeugung, daß die Metallarbeit abels, befestigte sich in dem Grade, als der Tag der Einberufung zum Militärdienst heranrückte; mit ihrem Eintritt in die Fabrik machten sie ernst, als die Rot um Soldaten für die Front ernst wurde. Allgemach sind es der wunderfamen Kollegen so viele geworden, daß sie zwei Drittel der für die Landesverteidigung tätigen Fabrikarbeiterhüte ausmachen.

Von den Lehrlingen in Blättchen und Lackshuhen wird erwartet, daß sie den schweren Mangel an Munition der französischen Arme besitzigen. Zu diesem Besufe sind ihnen Schraubstöcke, Drehbänke und Fräsmaschinen überantwortet worden. Sie tun ihr Möglichstes, damit fertig zu werden. Ihren Arbeitseifer waagt niemand zu

bestreiten. Nur über die Güte ihrer Erzeugnisse würden dieser Tage einige vorläufige Andeutungen gemacht. Die Zensur der freien Republik erlaubte folgendes zu sagen: „Sie machen ihre Arbeit nicht so, wie sie gemacht werden müßte. Mehr zu sagen, gestattet die Zensur nicht. Unsere Artilleristen werden uns darüber erzählen, wenn sie wiederkommen.“

Die so von dem französischen Mechanikerverband in einem offenen Briefe an den Kriegsminister in Aussicht gestellte Kritik braucht niemand zu beunruhigen. Wenn erst die Artilleristen wiederkehren, dann ist sehr wahrscheinlich auch der Krieg zu Ende, und damit natürlich auch der Patrioten Anreiz zur Munitionserzeugung. Bis dahin vertrauen sie auf die Zensur und den Kriegsminister. Das Vertrauen ist an den richtigen Stellen. Seine verhindert Angriffe in der Öffentlichkeit, dieser wehrt die Angriffe im Parlament ab. Im Notfall sind die Unternehmer bereit, die Leistungsfähigkeit ihrer „Herrenarbeiter“ zu beschwören. Mit gutem Gewissen. Denn die Fabrikanten oder doch ihre Frauen, Tanten und Bekannten haben sie ja in jahrelanger Freundschaft kennen gelernt und sind dadurch in der Lage, über sie zu berichten.

Im Parlament wurden jüngst die fabrikarbeitenden Patrioten wiederum „Drüdeberger“ genannt. Der Kriegsminister Millerand wies diese garstige Bezeichnung ab. Die so bezeichneten Herren seien für die Munitionserzeugung einfach unentbehrlich; durch ihre Selbsterleugnung, durch ihren Eintritt in die Betriebe hätten sie sozusagen das Vaterland gerettet. Als er vor einiger Zeit in einem Rundschreiben auf die Feststellung der ungelerten Mobilisierbaren, also der sogenannten Drüdeberger, gedungen habe, sei von den Fabrikanten erklärt worden, wenn die Durchschneidung ihrer Geschäfte oder die Wegnahme dieser schnellangelernten Leute drohe, dann könnten sie nicht die Einhaltung der Militärlieferungen verbürgen.

Das war ein Einwand, womit die patriotischen Gewissen beruhigt werden konnten. Millerand hat ihn gegen die aufbegehrenden Volksvertreter geschickt benutzt. „Jetzt ist die Zahl der ungelerten Mobilisierbaren (in der für die Armee tätigen Betrieben, also der Drüdeberger) so groß, daß ohne sie die Munitionserzeugung in Frage gestellt werden würde.“

Die leistungsfähigen Leute wurden aus den Betrieben genommen und ins Feld geschickt; an ihre Plätze stellten die Fabrikanten ihre Verwandten und Geschäftskunden, auch die politischen Persönlichkeiten, alles Leute, die kaum jemals eine Fabrik von innen gesehen hatten. Die wirklichen Arbeiter galten als entbehrlich; die ungelerten Leute, die Patrioten, galten als unentbehrlich. Die Fabrikarbeiter, die so oft Feiglinge und Vaterlandslose geschimpft wurden, kämpften fürs Vaterland; die Kriegsschreiber blieben in der Werkstatt, wo die teure patriotische Haut vor Durchlöcherung sicher ist. Patriotismus ist das Blut der anderen!

Diese große Einseitigkeit zugunsten der Besitzenden empört begreiflicherweise die Arbeiterfrauen. Auch die im Wahlkreis des Abgeordneten Dalbiez. Er glaubte einigen Grund zu der Annahme zu haben, daß ihm die Frauen und Gattinnen „seiner mobilisierten Wähler die Augen austräkten, wenn er nicht abzuwehren versuche“. In seinem Wahlkreis gibt es mehrere Tausend solcher Frauen. Das war für Dalbiez Anreiz genug, die Ausarbeitung eines Geschenkentwurfes zu beschleunigen. Darin wird verlangt, daß die selbstständigen Leute in den öffentlichen Diensten, Staatsverwaltungen, Geschloßfabriken durch alle Landwehrmänner, Hilfskräfte oder Felddienstuntaugliche ersetzt werden. Der Zweck des Entwurfs ist also, die Lehrlinge in Fachschulen so zahlreich wie möglich an die Front zu schicken und die Betriebe mit selbstständigen gelernten Arbeitern oder Felddienstuntauglichen zu besetzen.

Die Gesetzesvorlage hat schon zweimal der Kammer vorgelegen. Bei der letzten Erörterung (am 17. Juni) ist Frankreichs „heilige Einmütigkeit“ in eine unheimliche Uneinigkeit ausgeartet. Daß ein derartiges Gesetz im Lande der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit überhaupt nötig ist, ist schlimm, nicht weniger schlimm ist, daß es vom Kriegsminister und auch einigen Sozialisten bekämpft wird. Der Kriegsminister Millerand wendete unter anderem ein, daß es ihm unmöglich gewesen sei, die Namen der mobilisierten Metallarbeiter zu beschaffen. Darauf antwortete ihm der Verband der Mechaniker, die Fabrikanten besäßen ja alle Adressen ihrer nun im Felde stehenden Leute und wenn nicht, dann wolle der Verband sie ihm in 48 Stunden beschaffen. Millerand wird bis zur nächsten Erörterung der Vorlage nach sichhaltigen Gründen suchen müssen.

Ob die Vorlage des Abgeordneten Gesetz werden wird, ist noch sehr die Frage. Wenn es der Fall sein sollte, dann wird viel davon abhängen, wie es durchgeführt wird. Wer das Gerüchte der Advokatenrepublik einermachen kennt, der wird kaum geneigt sein, anzunehmen, daß das Gesetz alle Drüdeberger aus ihren jetzigen Kläsen drücken wird. Ob mit oder ohne Gesetz, den französischen Metallarbeitern werden diese wunderbaren Kollegen scharenweise erhalten bleiben.

Gehten-Arbeiter in England.

In England hat sich eine freiwillige Geschloßbrigade aus Stadtherren gebildet. Ihr gehören Unterhausmitglieder, Ingenieure, Bankkassierer, Gaarkünstler, Hofleute, Sportsmänner, Notare und Rechtsanwälte an, ja sogar einen leibhaftigen Peer soll das staatliche Arsenal nächste Woche in blauer Gasse sehen. Zum ist nicht mehr zu zweifeln an der Erfüllung des Lord Georgeschen Schreies nach „einer Sündflut von Granaten“. Vorderrhand wird, soweit zu sehen ist, nur das staatliche Arsenal in Woolwich von den Gehten-Arbeitern heimgesucht. Es steht zu hoffen, daß sie ebenbürtig an die Nachlieferung der Munitionsarbeit gehen und Erzeugnisse von derselben Güte liefern wie die französischen Herren-Arbeiter.

Nach den inneren Beweggründen zu urteilen, sind diese englischen Metallarbeiterleistungen etwas anderer Art als die französischen. Diese werden von der Furcht vor der Schlachtfeldfront in die Werkstatt getragen, die englischen von Liebhaberei oder sportlicher Neigung. Das läßt schon eraten, daß sie in England weniger zahlreich sind als in Frankreich. Man kann sie noch zählen; die Zeitungen können sie noch einzeln beschreiben. Etwa so: „Ein funkelndes Automobill rollte gestern am Tor des Woolwicher Arsenals vor, als die Nachschicht der Geschloßarbeiter heim ins Bett ging und die Tagsschicht auf dem Wege zu einer anderen zwölftündigen Schanzerei war. Ein junger Stadtherr, den der diensttuende Polizist für einen Herrenknecht hielt, stieg heraus, warf seine goldbesetzte Zigarette in den Kaminstein, gab die Staatsparole, worauf ihm gestattet wurde, ins Arsenal einzutreten. (Daily News vom 14. Juni).“

Die Gehten-Arbeiter lassen sich gut an. Den ersten Tag ihrer Arbeitsleistung erschienen sie schon dreiviertel Stunden vor dem Schichtbeginn am Fabrikator. Sie kamen in einem Werkstattdress angekleidet, dessen Teile ihre Ladies aus der Modetiefe ihrer Wuppentafeln geholt haben. Aber obwohl sie ausfahen, als ob sie ein Erdbler eingekleidet hätte, ließ ihr würdevolles Benehmen erkennen, daß sie etwas aus der City seien“. Von den gewöhnlichen Arsenalarbeitern wurden sie überaus freundlich empfangen. Warum sollen sie mit demartigen komischen Scherben nicht freundlich sein? In der Werkstatt saßen sich Stadtherrn und Arbeiter die Augen an, was zeigen will, daß sie innig vertraut miteinander sind. Bourgeois und Arbeiter reden sich gegenseitig Kollege (Mate) an. Harmonische oder Spinnstimmungen?

Die Gehten-Arbeiter dürfen vorderrhand nur Gesehloßgelein machen, „weil diese von größter Wichtigkeit seien“. Wer sich ganz ungeschickt zeigt, kommt an einfache Lehrbararbeit. Die Stadtherrn betrachteten es als einen unschätzbaren Vorzug, mit den Woolwicher Arsenalarbeitern Schulter an Schulter arbeiten zu dürfen; für sie sei die Werkstattdienstleistung, weil eine Reueheit und eine patriotische Tat obendrein, ein gründlicher Genuss. So meinte wenigstens das Haupt der Brigade, als er nach einigen Stunden Fabrikarbeit das erstemal in der Werkstatt die mitgebrachte Mahlzeit einnahm. Die Regierung zahlt den wunderbaren Geschloßarbeitern sogar noch etwas Lohn. Da nun aber ihre Tätigkeit eine freiwillige ist, wird das Geld der Klasse der Geschloßbrigade überwiesen, die davon etwaige Unkosten bestreitet.

Nach alledem mag es scheinen, als ob die Stadtherrn dem Staate ihre ganze Arbeitszeit opfereten. Behüte, soweit geht bei ihnen das Opferbringen fürs Vaterland nicht; auch würde ihnen dieser Sport bald lästig werden, wenn er die ganze Woche hindurch betrieben werden müßte. So arbeiten sie jede Woche nur einmal, und zwar am Sonnabend oder Sonntag; die anderen sechs Tage ruhen sie sich aus oder besorgen Privatgeschäfte. Diese Einteilung ist für die Verwaltungsverwaltung sehr vorteilhaft. Bis jetzt haben sie erst eine Schicht gemacht. Klagen über schlechte Arbeit sind noch nicht bekannt. Friß Sumner.

Aus Oberschlesien.

Wie schon seit einiger Zeit in eingeweihten Kreisen bekannt ist, stehen wir in Oberschlesien in einer allgemeinen Lohnbewegung für die Hütten- und Metallarbeiter. Die Ursachen dazu sind kurz folgende: Bei Beginn des Krieges war zunächst eine ziemliche Verschlechterung des Arbeitsmarktes bemerkbar, die sich wohl nach und nach wieder hob, aber doch eine wesentliche Verringerung der Löhne für die Arbeiterschaft zeitigte. Nun kommt aber noch die allgemeine Verteuerung der Lebensmittel und sonstiger Bedarfsdinge hinzu, die mit der Zeit eine noch nie dagewesene Höhe erreichte. Nachfolgende keine Gegenüberstellung diene als Beweis. Es kostete:

Table with 3 columns: Item, July 1914, July 1915. Items include Schweinefleisch, Rindfleisch, Speck, Reis, Spibutter, Brot, Kartoffeln, Sauerkraut.

Für den äußersten Südsüdpol Oberschlesiens nicht nur, sondern auch für den ganzen stark bewohnten ober-schlesischen Industriebezirk waren vor dem Kriege die reichen Zufuhren für den Lebensmittelbedarf aus Oesterreich-Ungarn (besonders aus Galizien) und Rußland außerordentlich wichtig. Diese Zufuhren sind durch den Krieg selbstverständlich unterbunden und haben, was von außerordentlicher Bedeutung ist, die für Oberschlesien an und für sich schwierige Lebensmittelversorgung sehr erschwert. So haben wir es hier mit Verteuerungsvhältnissen zu tun, die wohl selbst im übrigen Deutschland nicht ähnlich zu finden sein dürften.

Wie bekannt, sind die Arbeitslöhne in Oberschlesien, namentlich für die Hütten- und Metallarbeiter, keineswegs als ausreißende zu betrachten. Wohl gibt es eine geringe Anzahl gelehrter Arbeiter, deren Einkommen ein gutes ist, jedoch kann das in keiner Weise als Durchschnitt für die große Masse der Arbeiter Oberschlesiens gelten. Tagelöhne und Verdienste von 2,80, 3,-- und 3,20 M für 10-, 11- und sogar 12stündige tägliche Arbeitszeit sind keine Seltenheit und können sogar als Durchschnitt gelten.

Sind solche Löhne und Verdienste schon bei regelmäßigen Zeiten durchaus ungenügend, so sind sie jetzt als vollständig unzureichend zu bezeichnen. Es machte sich daher bei der Arbeiterschaft eine durchaus berechtigte Verstimung und Unzufriedenheit bemerkbar. Die Organisationen der Arbeiter aller Richtungen wurden geradezu gedrängt, Eingaben für Lohnerhöhungen bei den zuständigen Stellen einzureichen. Es muß hierbei noch darauf hingewiesen werden, daß schon seit ungefähr einem Jahre vor Beginn des Krieges eine sehr schlechte Geschäftslage in Oberschlesien vorherrschte, angeblich wegen Mangel an Aufträgen. Dadurch gab es in vielen Betrieben sogenannte Feiertage, oftmals zwei bis drei wöchentlich. Aus allen diesen Gründen ist es erklärlich, daß es für die Arbeiterorganisationen und deren Leitungen eine Selbstverständlichkeit war, wenn sie sich sagten: Hier muß etwas geschehen. Schon aus nationalen Gründen und auch um ein in Oberschlesien leicht vorzukommendes Aufflammen des Unwillens der Arbeiterschaft zu verhüten, war ein Eingreifen der Organisationen notwendig.

Dem Unternehmertum wären durch eine allgemeine Lohnaufbesserung wesentliche finanzielle Schwierigkeiten nicht erwachsen. Nach den Handelsberichten muß jetzt die Geschäftslage für den ober-schlesischen Eisenmarkt als eine durchaus günstige bezeichnet werden. Die Herstellung von Kriegsbedarfsmitteln, für die von der Militärbehörde doch sicher nicht nur ausreichende, sondern auch gute Preise gezahlt werden, beweist noch weiter, daß die Lage der Grobbleiindustrie eine gute ist. Die Arbeiterschaft als wesentlicher und notwendiger Beteiligter der Industrie soll doch nicht allein nur Opfer bringen, auch die Großindustriellen haben in dieser schweren Zeit diese Pflicht. Infolge aller dieser Verhältnisse haben sich die fünf in Betracht kommenden Organisationen der Metallarbeiter veranlaßt, folgende Eingabe an die zuständige Vertretung der ober-schlesischen Unternehmer, den Berg- und Hüttenmännischen Verein, zu richten:

Katowitz, den 15. April 1915.

An den Vorstand des Berg- und Hüttenmännischen Vereins zu Händen des Herrn Generaldirektors Berggraf Dr. Williger Katowitz.

Die unterzeichneten Arbeiterorganisationen erlauben sich hiermit eine Eingabe, welche eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bezweckt, ergebenst einzureichen.

Nach Lage der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterschaft halten wir es für notwendig, daß zunächst eine allgemeine Lohn- und Aufbesserung von 15 bis 20 Prozent für die erwachsenen und jugendlichen Arbeiter sowie Arbeiterinnen gewährt wird.

Zur Begründung für unsere Eingabe erlauben wir uns folgendes anzuführen: Mit Rücksicht auf die oben angebotenen Verhältnisse haben sich in der letzten Zeit schon eine Reihe Arbeitgeber veranlaßt gesehen, freiwillig die Löhne und Verdienste ihrer Arbeiterschaft zu erhöhen. Wo dieses nicht aus eigenem Antriebe geschehen ist, da genügt eine diesbezügliche Anfrage beziehungsweise ein entsprechendes Gesuch der Arbeiter oder deren Vertreter, um die betreffenden Herren Arbeitgeber zu einer Verbesserung der materiellen Verhältnisse der Arbeiterschaft zu bewegen. Es sei an dieser Stelle nur auf die immer teurer werdenden Lebensmittel und aller anderen Bedarfsartikel hingewiesen, welche bis zu 50 Prozent und darüber gestiegen sind, und man muß ohne weiteres zugeben, daß es den Arbeitern unmöglich ist, sich und ihre Familie mit dem bisherigen Einkommen so ernähren zu können, wie es sein müßte. Es liegt aber nicht nur im allgemeinen, nationalökonomischen Interesse, sondern auch im Interesse der Herren Arbeitgeber selbst, die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter so zu gestalten, daß eine Verschlechterung ihrer Ernährungswirtschaft nicht eintritt.

Es ist noch ferner zu berücksichtigen, daß nach Beginn des Krieges einzelne Werke die Löhne ihrer Arbeiterschaft erheblich kürzen haben und erst einige derselben in den letzten Wochen eine kleine Aufbesserung gewährten, welche oftmals aber die frühere Reduzierung nicht ausglich haben.

Aus allen diesen Gründen ergibt sich die Berechtigung unseres Gesuchs schon von selbst.

Den Bergarbeitern ist bereits durchgängig eine Lohnaufbesserung zugefunden, während den ober-schlesischen Hütten- und Walzwerk-

arbeitern nur von einigen wenigen Direktionen eine solche bewilligt worden ist.

Die Arbeitsfähigkeit, die Ernährungsweise und alle anderen Verhältnisse sind bei dieser Kategorie von Arbeitern, seien es männliche erwachsene, jugendliche Arbeiter oder Arbeiterinnen, genau die gleichen geblieben wie bei den Bergarbeitern.

Bei dieser Gelegenheit erlauben wir uns, noch auf eine andere Sache hinzuweisen, welche die Behandlung der Arbeiter seitens ihrer Meister und anderen Vorgesetzten betrifft. Es ist des öfteren vorgekommen, daß einige Meister und Beamte der Werke bei einer Meinungsverschiedenheit den betreffenden Arbeitern, welche sich noch im Militärverhältnis befinden, gesagt haben: „Wenn Sie mit diesem Preis nicht einverstanden sind und die Arbeit nicht machen wollen, dann werde ich dafür sorgen, daß Sie wieder in den Schützengraben kommen.“ Daß eine solche Art, die Arbeiter einzuschüchtern und in einer unwürdigen Weise gefügig zu machen, seitens der höheren Verwaltungen und Direktionen ihrer Werke nicht gewünscht und auch als vollständig unangebracht angesehen wird, ist für uns selbstverständlich, darum glauben wir auch, daß es nur dieses Hintertwies bedarf, daß für die Zukunft solche Bedensarten und Handlungen der betreffenden Meister und Beamten unterbleiben.

Auch ist es ferner vorgekommen, daß in verschiedenen Werken diejenigen Arbeiter, welche mit dem angebotenen Akkordpreis nicht immer einverstanden sein konnten, da ein genügender Verdienst dabei nicht zu erzielen war, mehrere Tage aussetzen mußten oder entlassen wurden. Dasselbe ist auch denjenigen Arbeitern geschehen, welche aus Erschöpfung nicht länger arbeiten konnten und die Heberstunden verteuern mußten. Ein Arbeitsmangel konnte in den Fällen nicht vorliegen, da andererseits neue Arbeiter eingestellt wurden.

Eine solche Methode muß ohne weiteres den Verdacht erwecken, daß jeder Arbeiter, welcher nicht mit allem zufrieden ist, was ihm geboten wird, dafür bestraft werden soll. Alles dieses ist überhaupt, besonders aber in der gegenwärtigen Zeit, durchaus nicht angebracht und bitten wir daher, durch geeignete Maßnahmen eine Wiederholung derartiger Fälle zu verhindern.

Ausdrücklich sei noch betont, daß wir durchaus nicht die Absicht haben, in irgend einer Weise etwaige Differenzen zwischen Ihren Mitgliedern und deren Arbeiterschaft herbeizuführen, denn dazu haben wir eine viel zu ernste Auffassung für den Begriff des Bürgerlebens, welcher zurzeit aus nationalen Gründen notwendig ist.

Indem wir wohl hoffen dürfen, daß unsere hier vorgebrachten Wünsche in wohlwollender Weise berücksichtigt werden, bitten wir, uns eine geneigte Antwort innerhalb 10 Tagen an die Geschäftsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Katowitz, Rawstrasse 4, zu senden.

Zu einer eventuell notwendig erscheinenden Aussprache sind wir zu jeder Zeit gerne bereit.

- Mit vorzüglicher Hochachtung Deutscher Metallarbeiter-Verband: Otto Handke (Breslau), Franz Bialboga (Katowitz), Gewerksverein der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter G. D.: W. Lehner (Gleiwitz), G. Griesel (Katowitz), Christlicher Metallarbeiterverband Deutschlands: Fr. Gotta (Katowitz), Polnische Berufsvereinigungen, Abteilung Hüttenarbeiter: Alb. Wiczorek (Katowitz), Fr. Stolpe (Katowitz), Verband der katholischen Arbeitervereine, Sitz Berlin: J. Mutial (Poznan G. S.).

Darauf erteilte der Berg- und Hüttenmännische Verein folgende Antwort:

An die Geschäftsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Katowitz.

Wir haben Ihr gefälliges Schreiben vom 15. d. M. erhalten und Abschrift davon den in Frage kommenden Verwaltungen zugehen lassen, denen wir es überlassen müssen, ihrerseits dazu Stellung zu nehmen. Wir bitten ergebenst, den übrigen Mitunterzeichnern Ihres Schreibens hiervon Kenntnis zu geben.

Hochachtungsvoll Ober-schlesischer Berg- und Hüttenmännischer Verein Der Vorsitzende: Dr. Williger.

Nach dieser Antwort waren wir zu der Annahme berechtigt, daß nun alle Werke eine wohlwollende Prüfung der Lohnverhältnisse vornehmen würden und wenn auch nicht eine solche Aufbesserung erfolge, wie es die Organisationen verlangten, so doch Zulagen in angemeßener Form für die gesamte Arbeiterschaft bewilligt würden. Wie hatten uns aber sehr geirrt! Zunächst bewilligten nur einige Aktiengesellschaften eine sogenannte Kriegszulage, die für die Arbeiter nicht befriedigend war. Zufolgedessen wandten sich die Organisationsleitungen unterm 30 April d. J. an sämtliche Unternehmer unter Einreichung der oben erwähnten Eingabe und betonten nochmals die Notwendigkeit einer allgemeinen Lohnaufbesserung.

Es erfolgten auch Antworten, aber fast alle bezeichneten die zurzeit gezahlten Löhne, selbst für die jetzigen wirtschaftlichen Verhältnisse, als völlig ausreichend, oder es hieß: daß man bereits „selbst“ die nötig erscheinende Lohnaufbesserung vorgenommen habe. Es ist notwendig, hierbei zu bemerken, daß die vorgenannten Unternehmer ein anderes Resultat ergaben, als nach den einzelnen Antworten der verschiedenen Werke hätte scheinen können. Einige Lohnaufbesserungen wurden aber nur als eine hier besonders betriebl. „Regelmäßigkeitsprämie“ unter für die Arbeiterschaft außerordentlich schweren Bedingungen gewährt. So zum Beispiel bestimmten einige Werke, daß diese Prämie nur an die Arbeiter gewährt wird, die folgende Bedingungen erfüllen: 1. Ohne genügende Entschuldigung darf keine Schicht veräumt werden. 2. Bei etwaiger Krankheit, wodurch eine Arbeitsunterbrechung erfolgt, muß eine entsprechende ärztliche Bescheinigung beigebracht werden. 3. Kein Arbeiter darf den Gehorsam verweigern, auch wenn er zu schwerer Arbeit beauftragt werden soll. Es ist vorgekommen, daß Arbeiter, die 27 Schichten im Monat gearbeitet hatten, diese Regelmäßigkeitsprämie nicht erhielten. Auf eine Beschwerde darüber wurde von den Vorgesetzten erwidert: Das machen wir, wie wir wollen. In einem anderen Werke wurde die Gewährung der Zulage in das Belieben des Vorgesetzten gestellt und die Arbeiter, die nichts erhielten, auf die Mehrleistung von Überarbeit verwiesen. Andererseits soll gegeben werden, daß einige Werke Lohnzulagen von 10 bis 40 % für die Schicht gewährten, in der Hauptsache aber nur für die Arbeiter, die einen sehr geringen Lohn hatten.

Diese bisherigen Ergebnisse konnten weder die Arbeiterschaft noch die Organisationsleitungen befriedigen. Das Verlangen aus den Kreisen der Arbeiter wurde immer dringender. Mit Rücksicht auf den selbstverständlichen eine gewisse Zurückhaltung aufzulegen. Es mußte aber auch ein Weg gefunden werden, um die durchaus notwendige Lohnaufbesserung zu verallgemeinern. Deshalb hielten sich die Organisationsleitungen für berechtigt und verpflichtet, nunmehr die Unterstützung des königlichen Regierungspräsidenten in Oppeln in Anspruch zu nehmen, sie laudten ihm folgende Eingabe:

Katowitz, den 7. Juni 1915.

An den königlichen Regierungspräsidenten in Oppeln. Euer Hochwohlgeboren erlauben sich die unterzeichneten Organisationsvertreter folgendes zu unterbreiten:

Wie aus beiliegender Abschrift ersichtlich, haben wir uns unterm 15. April cr. veranlaßt gesehen, eine Eingabe an den Ober-schlesischen Berg- und Hüttenmännischen Verein zu richten, in der wir um eine Lohnzulage für alle in den ober-schlesischen Walz- und Hüttenwerken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ersuchten.

Nach den uns zugegangenen Mitteilungen ist aber eine Erhöhung der Verdienste der Arbeiterschaft nicht so eingetreten, wie man es nach den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen erwarten dürfte. Daß unsere Eingabe an die Herren Arbeitgeber als gerechtfertigt zu betrachten ist, kann wohl dadurch am besten bewiesen werden, daß wir auf die zunehmende Verteuerung der Lebenshaltung hingewiesen. Daß durch diese Verteuerung die Arbeiterschaft ganz besonders zu leiden hat, braucht wohl nicht weiter betont zu werden und glauben wir annehmen zu können, daß diese Tatsache Euer Hochwohlgeboren genügend bekannt ist.

Es bedarf wohl keiner besonderen Versicherung, daß wir durchaus nicht die Absicht haben, die schon seit langer Zeit bestehende Unzufriedenheit der Arbeiterschaft durch einen Appell an die Öffentlichkeit noch mehr zu steigern. Das beweist unser bisheriges Verhalten. Mit Rücksicht darauf, daß der größte Teil der Arbeiterschaft von der bisherigen Lohnbewegung nicht erfaßt ist, wie beiliegende Zusammenstellung beweist, und die Herren Arbeitgeber zu einem weiteren Entgegenkommen nicht bereit sind, so bitten wir Euch Hochwohlgeboren um eine diesbezügliche Vermittlung.

Um die Berechtigung unserer Bitte in einwandfreier Form des näheren zu begründen und auf etwaige gewünschte Auskunft in entsprechender Weise sofort antworten zu können, bitten wir gleichzeitig um Gewährung einer Unterredung mit Euch Hochwohlgeboren.

Indem wir glauben, unsere gütigste Absicht sowohl für die Arbeiterschaft als auch unter Wahrung der Interessen in nationaler Hinsicht genügend bewiesen zu haben, bitten wir uns eine geneigte Antwort an die Geschäftsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Rattowik, Mauvestraße 4, zugehen lassen zu wollen.

Einer wohlwollenden Berücksichtigung unseres Gesuchs entgegengehend, zeichnen

Mit vorzüglicher Hochachtung
(Folgen Unterschriften wie oben.)

Darauf erhielten wir folgende Antwort:

Oppeln, den 15. Juni 1915.

An die Geschäftsstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes
Rattowik, Mauvestraße 4.

Auf die gefällige Eingabe vom 7. d. Mts. erwidere ich ergebnislos, daß den Lohnverhältnissen der ober-schlesischen Fabriken und Gütenwerke von mir und sonst dazu berufenen Dienststellen andauernd große Aufmerksamkeit gewidmet wird. Erst kürzlich — vor etwa 5 Wochen — habe ich indes aus dem mit unterzeichneten amtlichen Material einen Anlaß zu einem Eingreifen für eine allgemeine Aufbesserung dieser Löhne nicht entnehmen können, weil mir nachgewiesen wurde, daß tatsächlich von der weitaus überwiegenden Zahl der beteiligten Werke, deren Lohnverhältnisse übrigens im einzelnen ganz verschieden liegen, dankenswerte Lohnsteigerungen bewilligt worden sind.

Auch zurzeit bin ich im Begriff, erneut Feststellungen darüber herbeizuführen, ob der jetzige Stand der Löhne auf den einzelnen Werken den wirtschaftlichen Bedürfnissen ihrer Arbeiter entspricht und diese die Gewerbeaufsichtsbeamten angewiesen, mir nach örtlichen Ermittlungen zureichende objektive Unterlagen sobald als möglich zur Prüfung zu unterbreiten. Regierungspräsident v. Schwerin.

Es muß leider bedauert werden, daß das Entgegenkommen des Rätlichen Regierungspräsidenten, nach seiner Antwort zu urteilen, ein sehr geringes ist. Danach ist wohl anzunehmen, daß er die Arbeiterorganisationen als Vertreter der Arbeiter nicht anerkennt. Aber eines können wir wohl aus dieser Antwort herauslesen. Der Herr Regierungspräsident teilt mit: „Auch zurzeit bin ich im Begriff, erneut Feststellungen darüber herbeizuführen, ob der jetzige Stand der Löhne auf den einzelnen Werken den wirtschaftlichen Bedürfnissen ihrer Arbeiter entspricht.“ Wir haben nun nicht den geringsten Zweifel, daß das Ergebnis dieser Erhebungen so ausfällt, daß für die Arbeiterschaft wirkliche Lohnaufbesserungen und nicht eine „Prämie“ bewilligt werden müssen, die unter Umständen vom Belieben des Vorgesetzten abhängig ist.

Zum Schluß noch einige Bemerkungen. Daß die Bemühungen der Organisationen, wie aus diesem Bericht ersichtlich, nicht nur berechtigt, sondern notwendig waren, ist wohl für jeden sachlich Urteilenden eine Selbstverständlichkeit. Schon in Nummer 24 unserer Zeitung wurde nachgewiesen, daß der Jahresdurchschnittslohn der Arbeiter Oberschlesiens im Jahre 1914 im Gegensatz zu 1913 gegenüber nur unter Wahrung des Durchschnitts, sondern unter wesentlichen „Ausgleich der Öffentlichkeit“ sich an die Unternehmer wenden oder an deren Vertretung, dann hätten sich diese Herren nichts vergeben, wenn sie in eine Verhandlung oder, wenn dies auch heute noch „unmöglich“ ist, in eine unverbindliche Aussprache eingewilligt hätten. Dies ist leider nicht geschehen und daraus kann die Arbeiterschaft Oberschlesiens entnehmen, wie es im Punkte Arbeiterfreundlichkeit bei dem Unternehmen auch in der gegenwärtigen Zeit ausfällt. Die Organisationsleitungen haben auch jeden Ehemaligen, als ob sie mit ihrem Bestreben zugunsten der Arbeiterschaft irgend welche „Sensation“ erzeugen wollten. Am 15. April wurde die Eingabe an den Berg- und Hüttenamtlichen Verein gerichtet und bis Anfang Juni war noch nicht eine solche Aufbesserung der Löhne geschehen, wie man es billigerweise erwarten durfte. Nun wandten sich die Arbeitervertreter an die Behörden, an den königlichen Regierungspräsidenten. Bedauerlicherweise wurde auch hier eine Unterredung abgelehnt. Es ist dies wohl um so verwerflicher, da man sonst eine solche Abneigung gegen Arbeitervertreter, wenigstens in der jetzigen Zeit, nicht mehr findet. Wenn man berücksichtigt, daß Minister, Geheimräte und andere Regierungsvertreter mit den Vertretern der Gewerkschaften oft verhandeln, dann könnte doch in Oppeln daselbe geschehen.

Für die Arbeiterschaft in Oberschlesien ergibt sich aber aus diesen Vorgängen wieder die Lehre und die berechtigte Forderung: Organisiert euch! Auch in der jetzigen Zeit darf niemand glauben, daß die Zugehörigkeit zum Verband nicht notwendig oder vielleicht sogar überflüssig sei. Daß das Gegenteil richtig ist, hat diese Schilderung der „jüngsten Lohnbewegung“ in Oberschlesien bewiesen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Um Frrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 11. Juli der 20. Wochenbeitrag für die Zeit vom 11. bis 17. Juli 1915 fällig ist.

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den „Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rötterstraße 16a“ zu adressieren. Geldsendungen adressiert man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rötterstraße 16a; auf dem Postamt ist genau zu bemerken, wofür das Geld verzinsbar ist. Bei Geldsendungen an städtische Verwaltungen ist stets der Name des Kassierers oder Bevollmächtigten anzugeben.

Mit kollegialem Gruß
Der Vorstand.

Berichte.

Metallarbeiter.

Stettin. Vom Burgfrieden. Am 19. Juni hatte sich der Geschäftsjahr, Kollege J. Bialbys, vor dem Kriegsgericht in Stettin wegen Vergehens gegen das Belagerungsrecht zu verantworten. Gegenstand des Prozesses war, daß B. trotz der erlassenen Genehmigung zwei mal den 17. April d. J. in Bismarckstraße angelegte Versammlungen der Gewerkschaften abgehalten haben sollte. Den Staatsanwaltern der Bismarckstraße ist am 1. April eine sofort einwirkende Anklage von 30 Präzedenz angebracht worden, was die Decker mit einer Arbeitsniederlegung kennzeichnet. Bemerkungen der Arbeiter, mit der Firma darüber zu verhandeln, hatten keinen Erfolg, so wandten sich deshalb an unseren Vorstand. Die Direktion antwortete ihnen Standpunkt dahin, daß sie den Beginn des neuen Jahres auf den 15. April verschieben. Bei der hohen Verzinsung sollte es aber bleiben. Um eine weitere Aussprache mit den Deckern zu ermöglichen, wurden zwei Versammlungen, eine vormittags 9 Uhr und eine abends 7 Uhr, angelegt und der zuständigen Behörde davon rechtzeitig Anzeige gemacht. Als Tagesordnung wurde für beide Versammlungen „Brennangelegenheiten“ angegeben. Nach dem letzten in Stettin gehaltenen Versammlung wurden solche Versammlungen ebenfalls dem nächsten Verbandsrat mitgeteilt, dann aber im Stadtbereich der Polizeiverwaltung

im Stadtbereich dem Landrat gemeldet und sind von diesen Stellen aus genehmigt worden. Die Genehmigung für eine politische Versammlung blieb dem Generalkommando vorbehalten. Man konnte daher ohne weiteres annehmen, daß die damit beauftragten Zivilbehörden ermächtigt sind, auch Versammlungen gewerkschaftlicher Art zu genehmigen, was auch im allgemeinen geschehen ist. Es ist daher sonderbar, daß der Landrat von Weutgen dem Antragsteller folgendes mitteilte: „Zur Anzeige vom 14. April 1915 erhalten Sie zur Nachricht, daß Versammlungen nach den Bestimmungen des kommandierenden Generals des 6. Armee-Korps über die Verschärfung des Belagerungszustandes der Gewerkschaften bedürfen. Da die erforderliche Genehmigung von der zuständigen Stelle nicht mehr eingeholt werden kann, müssen die für Sonnabend den 17. d. M. vormittags 9 Uhr und abends 7 Uhr in Bismarckstraße, S. Kochmanns Restaurant, angelegten Versammlungen unterbleiben.“ Es ist hier zu bemerken, daß nach einer Bekanntmachung im Februar d. J. alle Inmessen von Versammlungen gewerkschaftlicher Art, die an das Garnison-Kommando gerichtet waren, von diesem zurückgewiesen wurden mit dem Bemerkten, daß solche Anmeldebücher bei der Zivilverwaltung zu erfolgen haben. Nach dem Bescheid des Landrats ist nun anzunehmen, daß er die beiden Versammlungen der Decker als „politische“ angesehen hat und sich als „unzuständig“ erklärte. Der Vorstand nun, daß B. für an diesem Tage nach dem Versammlungslokal begeben hat, war der Anlaß zu dieser Anlage. Es wurde daraus entnommen, daß die Versammlungen, zu der sich eine Anzahl Kollegen eingefunden hatten, auch stattgefunden haben. Die Verzeihungnahme hat jedoch das Gegenteil erbracht und so wurde B. auf Kosten der Staatskasse freigesprochen. Wir haben schon eingangs gesagt, daß zur Genehmigung von gewerkschaftlichen Versammlungen die Militärbehörde die zuständige Zivilverwaltung ermächtigt hat. Es ist uns auch kein Fall bekannt geworden, wo man den Antragsteller an das General-Kommando, wie es der Landrat des Kreises Weutgen beliehte, verwiesen hätte. Dieser Fall fällt um so mehr auf, als derselbe Landrat auf eine darauf folgende Anmeldung einer Mitgliederversammlung für unsere Verwaltung in Schwientochlowitz uns folgenden Bescheid zugehen ließ: „Die Abhaltung der Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Schwientochlowitz am Sonntag den 16. Mai 1915, vormittags 10 1/2 Uhr, in früher Mahls Restaurant in Schwientochlowitz mit der angegebenen Tagesordnung wird genehmigt unter der Bedingung, daß die Erörterung politischer Angelegenheiten bei Vermeidung der Auflösung der Versammlung unbedingt ausgeschlossen ist.“ Allerdings konnte auch diese Versammlung nicht stattfinden, da der Inhaber des Versammlungslokals von seinem Besprechen juristisch mit der Begünstigung, daß er nicht deswegen mit der „Behörde Scherezeien“ haben wolle. — Wie dem auch sei, der Landrat des Kreises Weutgen hat es fertiggebracht, bei zwei gewerkschaftlichen Versammlungen sich einmal als „unzuständig“, das andere mal als „zuständig“ für die Erteilung einer Genehmigung zu erklären. Dies bestrebt man so mehr, als von dem Antragsteller der beiden Versammlungen am 17. April in der Anmeldung ausdrücklich bemerkt wurde, daß „politische Angelegenheiten“ nicht erörtert werden.

Röthen. Dem Vernehmen nach beabsichtigt die Maschinenfabrik vom Wagner & Co., hier, zur Erledigung ihrer Kriegsaufträge Gefangene zu beschäftigen, sicher in der Erwartung, damit billige Arbeitskräfte zu erhalten. Wie weit dieses zutrifft, wird ja die Zukunft lehren. Wenn wir uns mit der Angelegenheit beschäftigen, so aus anderen Gründen. Schon vor Kriegsausbruch suchte die Firma „in aller Herren Ländern“ Metallarbeiter aller Berufe. Teils durch die Zeitungen und Arbeitsnachweise. Auch durch die Vermittlung des Metallarbeiter-Verbandes wurden viele Leute nach hier vermittelt. Nach wenigen Tagen oder Wochen verließen aber die meisten Arbeiter wieder den Betrieb unter Vorwürfen gegen die Verbandsleitung, durch deren Schuld sie nach Röthen gekommen waren. Verschiedentlich wurde versucht, sowohl durch den Arbeiterausschuß als auch durch den Organisationsvertreter die Firma zu überzeugen, daß dieser Zustand für den Betrieb auf die Dauer ein unhaltbarer wird. Der einzige Erfolg bestand in leeren Versprechungen, geändert wurde nichts. Der Name der Firma war so „populär“ geworden, daß zahlreiche Metallarbeiter lieber auf Beschäftigung verzichteten, als bei der Firma Wagner & Co. anzufangen. Auch in der Kriegszeit haben sich die Verhältnisse nicht wesentlich geändert. Wenn auch die Wochenverdienste gestiegen sind, so zum großen Teile nur durch Überstunden und Sonntagsarbeit. Erklärte doch die Direktion dem Verbandsvertreter bei Anbringung einer Beschwerde, ein Lohn von 35 S die Stunde für einen ausgezeichneten Feiletschmied wäre doch ein anständiger Lohn. (Und dies während der Kriegszeit!) Bei Einführung der Granatenerzeugung wurde versprochen, den Maschinenarbeitern 60 S Stundenlohn zu zahlen. Das Versprechen wurde nicht gehalten. Nach einer Lohnstatistik der Maschinenarbeiter in der Granatenerzeugung werden von keinem Arbeiter 60 S die Stunde in Accord verdient. Zwei Metallarbeiter hatten durch Vermittlung des Verbandsbüros bei der Firma Wagner & Co. Arbeit genommen. Beide als geübte Maschinenarbeiter waren der Granatenerstellung zugeteilt. Der Anfangslohn betrug 36 S und erhöhte sich innerhalb 8 Wochen auf 40 S, ohne Beschäftigung in Accord zu erhalten. Daß ein solcher Lohn selbst für ledige Arbeiter nicht mehr zeitgemäß ist, sollte auch die Firma Wagner wissen. Zum Teil werden noch junge Hilfsarbeiter zu einem Lohne von 24 S beschäftigt. Der schlagendste Beweis aber für die schlechten Verhältnisse in dem Betriebe ist wohl der, daß sich Leute, die von der Firma Wagner rekrutiert waren, beim Bezirkskommando freiwillig zum Kriegsdienst gemeldet haben mit der Erklärung, lieber Soldat werden zu wollen, als länger bei der Firma Wagner & Co. zu arbeiten. Mißstände, die auf dem Gebiete der Granatenerzeugung und der Kriegsanfertigung liegen, werden wir nächstens behandeln. Angebracht wäre es, daß die Gewerbeverwaltung, ehe sie Gefangene zur Verfügung stellt, sich danach erkundigen würde, welche Ursachen vorliegen, die es der Firma Wagner unmöglich machen, Arbeiter zu beschäftigen.

Rundschau.

Kriegsfürsorge in der Berliner Metallindustrie.

Um die zweifellos schwierige Unterbringung der Kriegsbeschädigten in ansehnlicher Zahl möglichst weit zu fördern, haben zwischen verschiedenen Berliner Körperchaften monatliche Verhandlungen stattgefunden. Nach Vereinfachung bisher gemachter Erfahrungen haben sich die in der Metallindustrie Groß-Berlins bestehenden Verbände der Unternehmer und der Arbeiter dahin verständigt, die Beschaffung von Arbeit für solche Kriegsbeschädigte, die zuletzt in der Metallindustrie Groß-Berlins beschäftigt waren, dem Kriegsausschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins zu übertragen.

Nach wiederholter Verhandlung ist durch den Kriegsausschuß an die in Betracht kommenden amtlichen Stellen folgende Aufzählung ergangen:

Bekanntmachung. Die Arbeitgeberverbände der deutschen Industrie haben einstimmig eine Erklärung erlassen, daß sie bereit und willens sind, die Kriegsbeschädigten heimkehrenden Soldaten, soweit sie früher in ihren Betrieben beschäftigt gewesen sind, wenn irgend möglich, in denselben wieder unterzubringen.

Auch der Verband Berliner Metallindustrieller hat sich dieser Erklärung angeschlossen.

Im Verein mit den Arbeiterorganisationen hat er den Kriegsausschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins, der gegründet war, zur Hebung der während des Krieges entstandenen Schwierigkeiten im Arbeitsverhältnis, mit der praktischen Durchführung der hierzu erforderlichen Maßnahmen betraut.

Der Kriegsausschuß ersucht deshalb alle in Frage kommenden Stellen, die Kriegsbeschädigten, welche zuletzt in den Metallbetrieben Groß-Berlins beschäftigt waren, an die hierzu eingerichtete Geschäftsstelle Berlin N. Schlegelstraße 2 zu verweisen.

Kriegsausschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins.

Die Tätigkeit des Kriegsausschusses dürfte damit, daß die Kriegsbeschädigten untergebracht sind, noch nicht erledigt sein. Es werden sich zweifellos Fälle herausstellen, wo der Kriegsbeschädigte trotz aller Vorkehrungen nicht an den richtigen Platz gestellt ist.

Möglicherweise werden auch da und dort Versuche gemacht werden, die Werte des Kriegsbeschädigten bei der Bemessung des Lohnes in Rechnung zu bringen. Auch kann es vorkommen, daß die Kriegsbeschädigten zu weitgehenden Anforderungen stellen. Die Schlichtung der sich daraus ergebenden Streitigkeiten dürfte weitere Aufgabe des Kriegsausschusses sein.

Eins ist vor allen Dingen bei der Erörterung dieser Frage in Kriegsausschuß allerseitig klar zutage getreten: durch die gewöhnliche Arbeitsnachweistätigkeit kann die Unterbringung der Kriegsbeschädigten und Befehung von Beschwerden nicht erledigt werden. Es half bedarf es auch weniger der Mitwirkung von Arbeitsnachweistorganen zur Regelung dieser Frage, als vielmehr der Zusammenwirkens der Arbeiter- und der Unternehmerorganisationen auf diesem durchaus neutralen Gebiete.

Die Beschaffung von Arbeit für die Kriegsbeschädigten in den Metallbetrieben Groß-Berlins ist etwa in der Weise gedacht, daß zunächst versucht werden soll, den Kriegsbeschädigten in seinem alten Betriebe unterzubringen und erst, wenn das aus irgend einem Grund nicht angängig ist, möglichst in einem anderen Betriebe der Metallindustrie.

Des Weiteren will man nach Möglichkeit dahin trachten, die Kriegsbeschädigten in eine seiner früheren Tätigkeit gleiche oder ähnliche Beschäftigung zu bringen und erst, wenn das nicht möglich ist, ihr mit anderen Arbeiten vertraut machen.

Die am Kriegsausschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins beteiligten Organisationen glauben, mit dieser Einrichtung der geschicklichen Regelung der ganzen Frage die Wege geebnet zu haben. Auch dürfte es von hohem Werte sein, wenn die Bekanntheit dieser Einrichtung möglichst weit Verbreitung findet, nicht zum wenigsten aus dem Grunde, um den noch nicht ganz ausgeheilten Kriegsbeschädigten aus der Metallindustrie Groß-Berlins die Herabsetzung zu geben, daß bereits Vorbehalte getroffen ist, nach ihrer Ausheilung ihre Zukunft möglichst sicherzustellen. Der Heilung der Kriegsbeschädigten wird dies zweifellos förderlich sein.

Gewerkschaftliches.

Schiffzimmerer. Der Verband der Schiffzimmerer Deutschlands kann in diesem Jahre sein 25 jähriges Bestehen feiern. Die Schiffzimmerer, ein verhältnismäßig abgeschlossener Beruf, hatten schon 1849 in Hamburg einen „Gewerksverein“ gegründet. Daraus folgte 1873 der Allgemeine Deutsche Schiffzimmerer-Verein, der im Jahre 1875 in 19 Orten 3300 Mitglieder hatte. Mit diesem ging es jedoch rückwärts, was zum Teil dem damals sich besonders bemerkbar machenden Uebergang zum Eisenbahnbau zuzuschreiben war, zum Teil auch dem vom Vorstand eifrig geforderten und aus der Vereinskasse unterstützten genossenschaftlichen Betriebe einer Schiffzimmerei in Memel. 1888 waren die Mitglieder auf einen einzigen Rest zusammenschmolzen und sie vereinigten sich mit dem 1882 errichteten Allgemeinen Deutschen Schiffbauerverein zum Zentralverband der Werftarbeiter. 1888 war in Hamburg außerdem noch ein örtlicher Schiffzimmererverein entstanden, der nur vierteljährlich 30 S Beitrag erhob. Als wegen des Zollanschlusses Hamburgs und der damit verbundenen Steigerung der Lebensmittelpreise die Schiffzimmerer Lohnforderungen stellten, die von den Unternehmern abgelehnt wurden, stellten 800 Schiffzimmerer die Arbeit ein, ohne einen Erfolg zu erzielen. Oberdenn herrschte bei den Schiffzimmerern ein scharfer Streit wegen der Vereinsform, zum Vorteil der Unternehmer. Um diesem Streit ein Ende zu machen, traten die Schiffzimmerer Pfingsten 1890 in Kiel zu einem Kongress zusammen. Dort wurde die Grundlage zu einer Verschmelzung der örtlichen Vereine in Flensburg, Kiel, Hamburg und Weddel geschaffen. Leiter des Verbandes wurde W. Müller. Andere Vereine schlossen sich ebenfalls an und nun machte sich bald ein Auftrieb bemerkbar. Während der letzten Jahre fanden wiederholt Verhandlungen mit den Verbänden der Holzarbeiter und der Metallarbeiter wegen Verschmelzung statt. Diese führten jedoch zu keinem Erfolg und man beschloß, vorläufig den eigenen Verband hochzuhalten. Die Mitgliederzahl war am Ende des Jahres 1910 auf 3891 gestiegen. Die vier 1911 auf 3512, stieg 1912 wieder auf 3763 und fiel 1913 wieder auf 3535. Der Krieg hat natürlich die Reihen stark gelichtet. Am Ende des Jahres 1914 hatte der Verband noch 2054 Mitglieder. Wir wünschen ihm, daß er die schwere Zeit gut überdauern möge, denn nach Beendigung des Krieges wird es auch für ihn genug zu tun geben.

Verbands-Anzeigen.

- Mitglieder-Versammlungen.**
(In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgeht.)
- Samstag, 10. Juli: Langenfelde, Ob. Felseneller, halbb. Wernigerode, Volksgarten, 8 Uhr.
 - Dienstag, 13. Juli: Wittenberge, Stiehm, halb 9 Uhr.
 - Mittwoch, 14. Juli: Potsdam, d. C. Sonne, 8 Uhr. Bismarck, Arbeiterheim, punkt halb 9.
 - Freitag, 16. Juli: Hannover (Mechaniker), Gewerkschaftshaus, halb 9 Uhr.
 - Samstag, 17. Juli: Hoya, Bismarck, halb 9 Uhr. Stettin, Deutsches Haus, halb 9. Röhren, Goldener Engel, halb 9. Schwerin, Schiffsbau, Winger, 9. Schwerin, E. M. Gold, Adler, halb 9. Wetzlar, Volkshaus, halb 9 Uhr.
 - Sonntag, 18. Juli: Merseburg-Neumarkt, Wallomiat, Bannhof, 4 Uhr.
 - Montag, 19. Juli: Nürnberg (Kunst-, Bau- u. Konstruktionszweige), Verbandsbau, 8.
 - Sonntag, 25. Juli: Karlsruhe, Gewerkschaftszentrale, 10 Uhr. Bietertfähliche Generalversammlung. Anträge sind bis zum 19. Juli einzureichen.
- Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen u. dergl.**
- Berlin, Reisegeld wird nur morgens von 9-10 Uhr oder nachmittags von 4-5 Uhr, Aufenthaltsunterstützung nur von 9-10 Uhr morgens ausbezahlt.
 - Stuttgart-Gannath, Samstag 21. Juli, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus Quartals-Generalsversammlung, Geschäftsberichte. Die Beschlüsse des Verbandstages. Wahl der Beisitzer des Vorstandes u. der Bezirkskommission. Anträge. Anträge sind bis zum 18. Juli schriftlich einzureichen.
- Gestorben.**
- Leipzig, Fibor Schuffenacker, Forner, 46 Jahre, freiwilliger Tod.
 - Georg Rohmann, Belgieker, 38 Jahre, Schlaganfall.
 - Richard Rosenberger, Schlosser, 28 Jahre, Lungenerkrankung.

Zentralarbeitsnachweis für Graveure und Zifeleure

in Berlin C. 54, Lützenstraße 83/85.

Sonstige Anzeigen.

- Einem Schmied f. mein Saugeis. u. Dampfzügen, ver. f. dauernde Beschäftigung. A. Kretzschmar, Berlin.
- Mehrere Schlosser für Präzisionsarbeit für dauernde Beschäftigung gesucht. Crenkels & Söppel, 1284 Arthur Söppel, L. S. Bochum.
- 2 Feilenhauergehilfen sofort in Dampfzügen, ver. f. dauernde Beschäftigung. A. Kretzschmar, Berlin.
- Metallbrüder, tüchtig, sucht sofort J. Carl Weber, Hamburg, Caffamacherreihe 1-5. Reisegeld evtl. vergütet. 1280
- Das Kgl. Oepflaboratorium stellt sofort 4 Automaten-Weckzuger, 10 Maschinen, 15 geleerte Eisenbrecher und 2 Elektriker zu hohem Lohn ein. Weibung von Weckzügen im Oepflaboratorium Jungferndamm a. D. 1283
- Druck und Verlag von Alexander Schilde & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötterstraße 16 B.